

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 28/99

Berlin

3. Ex

15. Juli 1999

66. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000

Weltwirtschaft: Erholung nach den Währungsturbulenzen

Nachdem heftige Turbulenzen auf den internationalen Kapital- und Finanzmärkten die Entwicklung der Weltwirtschaft in den beiden letzten Jahren gedämpft hatten, wurden die weltwirtschaftlichen Perspektiven im ersten Halbjahr 1999 wieder günstiger. Die Kapitalströme, die zuvor durch einen ausgeprägten Abfluß von Liquidität aus den „Emerging Markets“ gekennzeichnet waren, kehrten sich zum Teil wieder um. Mit den Zinssenkungen in wichtigen Industrieländern seit Herbst vergangenen Jahres verbesserten sich die internen und externen Finanzierungsbedingungen auch in den Krisenländern. Aufgrund der Tiefe des Einbruchs ist dort aber nur mit einer langsamen realwirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Auch in einigen Industrieländern mit hoher außenwirtschaftlicher Verflechtung sind die Folgewirkungen noch nicht vollständig überwunden.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft wird sein, ob sich die japanische Wirtschaft endlich von der tiefen Rezession erholt und wieder auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenkt und ob der amerikanischen Wirtschaft nach der jüngsten Zinserhöhung erneut ein „Softlanding“ gelingt.

Derzeit sind die Perspektiven dafür durchaus günstig. Deshalb ist eine leichte Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Expansion zu erwarten. Es herrscht weltweit weitgehende Preisstabilität und ein geldpolitischer Restriktionskurs ist nicht in Sicht (Tabellen 1 bis 3). Dabei dürfte sich die Konjunktur in Europa allmählich erholen; in den USA spricht vieles für eine Abschwächung.

Stabilisierung in Asien — Finanzsystem aber noch fragil

Nach dem starken Einbruch im Vorjahr zeichnet sich in den asiatischen Krisenländern für 1999 eine Stabilisierung ab (Tabelle 4). Eine deutliche Belebung ist für Südkorea und Thailand zu beobachten.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Region wird derzeit entscheidend von der Binnennachfrage bestimmt. Offensichtlich findet die von der drastischen Abwertung erhoffte Belebung der Ausfuhr nicht statt. Zentral für die gesamtwirtschaftliche Dynamik sind vielfach die aufgelegten Fiskalprogramme, mit denen vor allem die Infrastruktur ausgebaut, Beschäftigung gesichert und der Aufbau sozialer Sicherungssysteme vorangetrieben werden sollen. Vom privaten Verbrauch geht wegen der teilweise erheblichen Reallohneinbußen und steigender Arbeitslosigkeit allerdings kein wesentlicher Impuls aus. Zwar haben sich durch die Zinssenkungen die Bedingungen für Investitionen verbessert; dies reicht aber wegen des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes für eine deutliche Belebung der Investitionsnachfrage nicht aus. Trotz wertmäßig rückläufiger Exporte werden Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, weil die Importnachfrage noch stärker gesunken ist. Zuletzt nahm die Einfuhr allerdings wieder leicht zu.

Inzwischen weisen die Währungen der Krisenländer nach den drastischen Abwertungen 1997 wieder Aufwertungs-tendenzen gegenüber dem Dollar auf (Abbildung 1).

Tabelle 1

**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Inlandsnachfrage und der Verbraucherpreise
in den westlichen Industrieländern
in Landeswährung**

	Gewichte ¹⁾ 1998 in %		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise		
			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
	BIP	deut. Ausfuhr	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Deutschland	9,9	-	2,3	1,3	2,4	2,6	1,3	1,7	1,0	0,6	0,8
Frankreich	6,7	15,1	3,2	2,1	2,4	3,5	2,7	2,8	0,7	0,7	1,2
Italien	5,4	10,0	1,4	1,2	2,1	2,7	1,3	2,0	1,7	1,5	1,3
Spanien	2,5	5,5	3,8	3,2	3,4	4,5	4,1	4,0	1,8	2,1	2,1
Niederlande	1,7	9,3	3,7	2,2	2,5	3,8	2,9	2,7	2,0	1,3	1,1
Belgien	1,1	7,7	2,8	1,0	2,2	4,4	2,0	2,5	1,0	1,1	1,3
Österreich	1,0	7,2	3,3	1,9	2,3	2,8	1,7	2,2	0,9	1,2	1,0
Finnland	0,6	1,3	4,7	3,3	3,6	4,5	4,0	3,2	1,4	1,0	1,4
Portugal	0,5	1,5	3,5	2,9	3,1	6,0	4,0	3,8	2,8	2,4	2,3
Irland	0,4	0,7	9,9	6,7	5,9	9,4	6,4	5,7	2,4	2,2	1,8
Luxemburg	0,1	-	4,3	2,3	3,0	3,6	3,0	3,7	0,7	1,0	1,2
EWU-Länder	29,9	-	2,7	1,8	2,6	3,2	2,1	2,4	1,2	1,0	1,2
EWU-Länder ohne Deutschland	20,0	-	3,0	2,1	2,6	3,6	2,6	2,8	1,4	1,3	1,4
EWU-Länder ohne Deutschland ³⁾	-	58,3	3,1	2,0	2,5	3,7	2,5	2,7	1,3	1,2	1,3
Großbritannien	6,4	11,7	2,1	0,6	1,6	3,8	1,8	1,5	3,4	2,5	2,5
Schweden	1,1	3,1	2,9	2,2	2,7	3,9	2,7	2,9	0,4	0,5	1,0
Dänemark	0,8	2,4	2,9	1,5	2,0	4,8	1,7	2,2	1,8	2,0	2,2
Griechenland	0,5	0,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,3	3,2	4,8	3,0	3,0
Europäische Union	38,7	-	2,7	1,6	2,4	3,4	2,1	2,3	1,6	1,3	1,4
Europ. Union ohne Deutschland	28,8	-	2,8	1,7	2,3	3,7	2,4	2,5	1,9	1,6	1,7
Europ. Union ohne Deutschland ³⁾	-	76,4	2,9	1,8	2,4	3,7	2,4	2,5	1,7	1,5	1,5
Schweiz	1,2	6,1	2,1	1,3	2,0	4,0	1,6	2,2	0,0	0,5	0,8
Norwegen	0,7	1,2	2,0	0,5	2,0	4,8	0,1	1,2	2,2	2,5	2,5
Westeuropa	40,6	-	2,6	1,6	2,3	3,5	2,1	2,3	1,6	1,3	1,4
USA	39,2	12,7	3,9	3,8	2,3	5,2	5,1	2,6	1,5	2,1	2,3
Kanada	2,8	1,0	3,0	3,0	2,4	2,3	2,8	2,7	1,0	1,0	1,5
Japan	17,4	2,6	-2,8	0,2	0,3	-3,5	0,5	0,0	0,6	-0,3	0,2
Außereurop. Industrieländer	59,4	-	1,9	2,7	1,7	2,6	3,7	1,9	1,2	1,3	1,6
Außereurop. Industrieländer ³⁾	-	16,3	2,8	3,2	2,0	3,6	4,2	2,2	1,3	1,6	1,9
Insgesamt	100,0	-	2,2	2,3	2,0	2,9	3,0	2,0	1,4	1,3	1,6
Insgesamt ohne Deutschland	90,1	-	2,2	2,4	1,9	3,0	3,2	2,1	1,4	1,4	1,6
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	-	100,0	2,8	2,0	2,3	3,7	2,6	2,4	1,5	1,4	1,6

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1998 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1998; der Anteil Luxemburgs ist bei Belgien enthalten.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 und 2000 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

Im Zuge der Leistungsbilanzüberschüsse und internationaler Finanzhilfen nahmen auch die Devisenreserven wieder zu. Mit der Abnahme der Zinsdifferenz zwischen den Schwellenländern und den internationalen Finanzmärkten hat sich diese Aufwertungstendenz zuletzt wieder abgeschwächt. Insgesamt haben die drastischen Abwertungen

im Jahre 1997 die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht dauerhaft wiederhergestellt. Dazu wären umfassende Anpassungsmaßnahmen im Unternehmenssektor notwendig. Diese werden aber nicht zuletzt dadurch behindert, daß die Restrukturierung des Bankensektors nur schleppend vorankommt. Damit können die von der Geld-

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
in Landeswährung; reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Deutschland	1,8	2,2	1,9	-0,1	0,4	0,0	1,8	2,1	2,6	6,5	1,0	5,6	8,0	1,1	3,1
Frankreich	3,8	2,3	2,9	1,1	1,2	1,2	4,0	4,4	3,6	6,3	-0,8	1,9	8,0	1,2	3,3
Italien	2,0	2,0	2,1	1,4	1,0	0,9	3,6	2,9	3,3	1,1	-3,6	2,7	5,9	-3,5	2,3
Spanien	3,8	3,2	3,5	1,6	1,1	1,1	9,0	7,8	6,7	7,8	4,2	5,0	10,6	7,1	7,0
Niederlande	4,4	3,6	3,2	2,5	1,9	2,0	4,2	2,9	3,0	6,2	0,9	2,5	6,7	2,1	2,9
Belgien	3,8	1,9	2,0	1,7	1,4	1,2	4,9	6,6	5,2	3,3	0,8	2,5	5,8	2,1	2,8
Österreich	1,7	2,1	2,4	1,3	1,2	1,2	5,0	3,0	3,7	8,1	4,5	6,1	7,0	4,2	6,0
Finnland	4,5	4,1	3,5	0,4	0,8	0,6	8,3	6,0	5,8	8,3	3,2	6,1	8,9	5,2	5,9
Portugal	5,3	3,6	3,5	3,5	2,3	1,9	9,7	5,8	6,1	7,9	3,5	6,1	13,7	6,1	7,0
Irland	8,1	7,6	5,7	4,0	4,3	2,5	11,5	9,4	7,3	19,6	9,8	9,1	21,5	10,3	9,6
Luxemburg	2,9	3,0	3,2	3,5	3,3	3,3	8,4	3,5	4,8	8,9	1,7	2,3	8,6	2,3	3,0
EWU-Länder ¹⁾	2,9	2,5	2,5	0,8	0,9	0,8	3,8	3,5	3,7	5,9	0,7	4,3	7,8	1,7	4,1
EWU-Länder ohne Deutschland ¹⁾	3,4	2,6	2,8	1,5	1,3	1,2	5,2	4,6	4,2	5,9	0,7	3,3	8,1	2,1	4,0
Großbritannien	2,7	1,2	1,4	1,5	1,6	2,3	8,3	4,4	1,5	3,1	0,6	3,4	8,4	4,3	2,9
Schweden	2,6	2,5	2,5	1,9	1,5	1,5	9,6	4,5	5,5	7,3	3,0	5,0	11,0	4,5	6,0
Dänemark	3,5	2,0	2,0	2,6	1,5	1,0	6,1	2,0	2,0	0,1	1,5	3,0	4,7	2,0	3,5
Griechenland	2,0	2,0	2,5	0,5	0,0	0,0	9,5	8,0	8,5	6,5	4,0	5,0	5,0	4,5	5,0
Europäische Union ¹⁾	2,8	2,2	2,3	1,1	1,1	1,0	4,9	3,8	3,4	5,6	0,9	3,9	8,1	2,3	3,7
Europäische Union ohne Deutschland ¹⁾	3,2	2,2	2,4	1,5	1,3	1,4	6,1	4,5	3,7	5,3	0,9	3,4	8,1	2,7	3,9
Schweiz	1,8	1,5	2,0	0,6	0,5	0,2	3,8	3,0	3,5	4,1	2,5	3,5	8,8	3,2	4,0
Norwegen	3,2	2,0	2,0	2,8	1,0	2,0	6,6	-9,0	-6,5	0,5	2,5	4,0	6,9	2,0	2,5
Westeuropa ¹⁾	2,8	2,2	2,3	1,1	1,1	1,0	4,9	3,5	3,2	5,4	1,0	3,9	8,1	2,3	3,7
USA	4,9	5,4	3,1	1,1	1,5	0,9	9,6	8,8	2,0	1,5	-1,1	0,3	10,6	7,9	2,4
Kanada	2,7	3,3	2,3	0,7	2,0	2,1	4,1	3,3	4,1	8,1	7,7	5,9	6,4	7,5	6,7
Japan	-1,1	0,6	0,5	0,7	1,3	0,6	-8,8	0,7	-0,9	-2,3	-3,1	2,6	-7,5	-0,7	0,8
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	3,2	4,0	2,4	1,0	1,5	0,9	2,5	5,5	1,0	1,5	-0,3	1,8	6,3	6,1	2,7
Insgesamt ¹⁾	3,0	3,3	2,3	1,1	1,3	1,0	3,4	4,8	1,9	4,0	0,5	3,1	7,4	3,8	3,3
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	3,1	3,4	2,4	1,2	1,4	1,1	3,6	5,1	1,8	3,6	0,4	2,7	7,3	4,2	3,3

¹⁾ Gewichte 1998 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1998 (Jahresdurchschnitt). Export- und Importentwicklung: Gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder.
Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 und 2000 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

politik ausgehenden expansiven Impulse nur begrenzt potentielle Investoren erreichen.

Insgesamt wird für Asien im kommenden Jahr eine leichte Belebung erwartet. Unterstellt ist dabei, daß keine erneute Abwertungsspirale in Gang kommt. Die Dynamik der Entwicklung wird allerdings nicht nur von dem Vorankommen interner Anpassungsprozesse, sondern auch wesentlich von der Bewältigung der wirtschaftlichen Pro-

bleme in den Nachbarländern, insbesondere in Japan, abhängen.

Japan: Keine durchgreifende konjunkturelle Erholung in Sicht

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum war in Japan im ersten Quartal dieses Jahres unerwartet hoch. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm gegenüber dem Vorquartal,

Tabelle 3

**Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten
in den westlichen Industrieländern**
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾						
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit												
	in Landeswährung														in SZR	
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999		
Deutschland	6,6	0,1	4,0	1,5	2,1	2,0	4,3	-1,2	1,6	-0,7	0,8	-0,4	-0,8	-0,1		
Frankreich	5,2	0,6	2,1	3,5	3,5	4,0	2,0	-1,4	-0,3	0,3	1,4	1,6	0,6	0,5		
Italien	5,3	2,7	4,7	3,5	2,9	3,0	3,9	1,5	2,5	2,0	1,7	0,8	1,5	0,4		
Spanien	6,5	6,6	5,5	5,8	5,4	5,4	2,7	3,3	2,0	1,9	2,1	1,9	1,3	1,0		
Niederlande	6,9	-1,8	7,9	4,3	3,5	2,5	3,1	-4,0	5,3	0,6	1,3	0,0	0,4	0,4		
Belgien	6,8	1,1	5,2	3,0	2,0	2,5	3,9	0,0	2,9	0,2	1,0	0,3	0,1	0,1		
Österreich	10,7	4,3	8,0	2,8	2,5	2,0	7,2	2,4	5,6	-0,4	0,6	-0,3	-0,4	-0,3		
Finnland	7,9	10,8	7,4	5,1	3,5	4,0	3,0	7,3	3,7	0,3	0,2	0,4	-1,2	-0,8		
Portugal	6,7	10,2	5,6	5,6	5,2	5,3	3,1	7,1	2,4	2,0	2,3	2,2	0,7	1,2		
Irland	12,9	11,0	9,3	7,5	6,5	6,0	2,7	4,0	3,2	-2,2	-0,2	0,1	-5,6	-0,9		
Luxemburg	18,0	1,7	3,2	5,0	3,5	3,0	13,1	-0,7	0,2	0,6	1,1	0,0	0,5	0,2		
EWU-Länder ³⁾	6,3	2,1	4,5	3,1	3,0	3,1	3,6	-0,2	2,2	0,3	1,2	0,5	0,0	0,2		
EWU-Länder ohne Deutschland ³⁾	6,1	2,9	4,7	4,0	3,5	3,7	3,3	0,3	2,4	0,7	1,4	0,9	0,3	0,3		
Großbritannien	-1,5	-2,0	4,9	7,2	5,0	4,5	-3,5	-2,6	3,3	5,0	4,4	2,9	7,7	1,0		
Schweden	3,6	0,0	4,5	3,8	3,5	3,5	0,7	-2,1	1,8	0,9	1,3	0,8	-1,7	-1,1		
Dänemark	-8,0	1,9	6,7	6,1	4,5	4,0	-10,6	0,4	4,6	3,1	3,0	2,0	3,2	2,2		
Griechenland	11,4	6,9	6,3	6,5	5,0	4,5	8,1	3,8	3,2	3,4	1,9	1,5	-3,1	1,9		
Europäische Union ³⁾	5,2	1,7	4,6	4,0	3,5	3,4	2,3	-0,5	2,4	1,0	1,6	0,8	0,9	0,3		
Europäische Union ohne Deutschland ³⁾	4,7	2,1	4,8	4,9	3,9	3,9	1,6	-0,3	2,6	1,5	1,9	1,2	1,5	0,4		
Schweiz	9,4	3,4	6,4	1,5	2,0	2,0	7,2	2,1	4,4	-0,5	0,7	0,0	1,0	1,0		
Norwegen	-6,9	1,9	5,8	6,0	5,0	4,0	-8,7	1,4	3,7	3,9	4,5	2,0	-1,3	1,1		
Westeuropa ³⁾	5,1	1,7	4,7	3,9	3,4	3,3	2,3	-0,4	2,4	1,0	1,7	0,8	0,9	0,3		
USA	2,8	1,8	3,4	6,3	5,2	4,7	-1,1	-1,9	1,1	2,3	1,3	2,4	3,7	-0,6		
Kanada	-1,4	8,3	7,0	3,8	3,5	3,3	-4,3	5,2	4,5	0,8	0,5	0,9	-4,5	-3,3		
Japan	-3,6	2,8	3,2	-0,7	-1,0	-0,5	-0,7	2,6	2,9	2,2	-1,2	-0,8	-4,2	8,8		
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	1,0	2,3	3,5	4,2	3,3	3,1	-1,5	0,6	2,2	2,0	0,4	1,2	-0,0	1,8		
Insgesamt ³⁾	2,7	2,1	4,0	4,1	3,4	3,2	0,9	0,0	2,4	1,4	1,2	0,9	0,6	0,9		
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	2,3	2,3	4,0	4,3	3,5	3,3	0,3	0,2	2,5	1,7	1,3	1,2	0,8	1,0		

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ³⁾ Gewichte 1998 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1998 (Jahresdurchschnitt). Für ¹⁾ und ²⁾: Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 und 2000 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

auf Jahresbasis hochgerechnet, um 7,9 % zu (Abbildung 2). Diese überaus kräftige Expansion hatte sich nicht in den Frühindikatoren gezeigt. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe verlief zu Jahresbeginn auf

niedrigem Niveau, und die Einzelhandelsumsätze waren tendenziell sogar weiter rückläufig. Offenbar schlägt sich vor allem das staatliche Ausgabenverhalten am Ende des Fiskaljahres (31. März) in der ausgewiesenen Expansion

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten asiatischen Ländern

	Gewicht in %	Bruttoinlands- produkt			Verbraucherpreise		
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %					
		1998	1999	2000	1998	1999	2000
Südkorea	20,3	-5,8	2,0	3,0	7,5	1,5	3,0
Taiwan	11,4	4,8	3,5	4,5	1,7	1,5	2,0
Indonesien	9,6	-13,7	-5,0	1,0	57,6	20,0	15,0
Thailand	7,7	-8,0	1,0	3,0	8,1	3,5	5,0
Hongkong	6,4	-5,1	-2,0	2,0	2,7	-1,0	1,0
Malaysia	4,1	-6,3	0,0	2,0	5,2	4,5	5,5
Singapur	3,9	1,3	0,5	2,0	-0,3	0,5	1,5
Philippinen	3,5	-0,5	1,0	3,0	9,0	8,0	7,0
Zusammen ¹⁾	66,9	-4,7	0,5	2,8	4,5	0,3	2,4
China	33,1	7,8	7,0	6,0	-0,8	1,0	2,5
Insgesamt ¹⁾	100,0	-0,5	2,6	3,8	9,3	5,4	3,6

¹⁾ Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1997.

Quellen: IWF; OECD; 1998 Schätzung, 1999 und 2000 Prognose des DIW.

nieder. Wie so oft in der Vergangenheit dürfte eine gegenläufige Reaktion im zweiten Quartal eintreten.

Die staatliche Nachfrage hat im Gefolge des im vergangenen Jahr beschlossenen Stabilisierungsprogramms

Abbildung 1

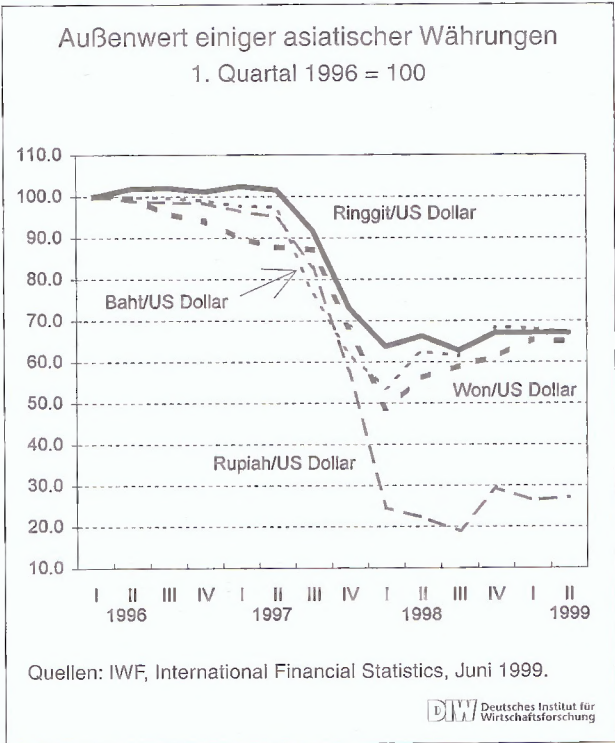
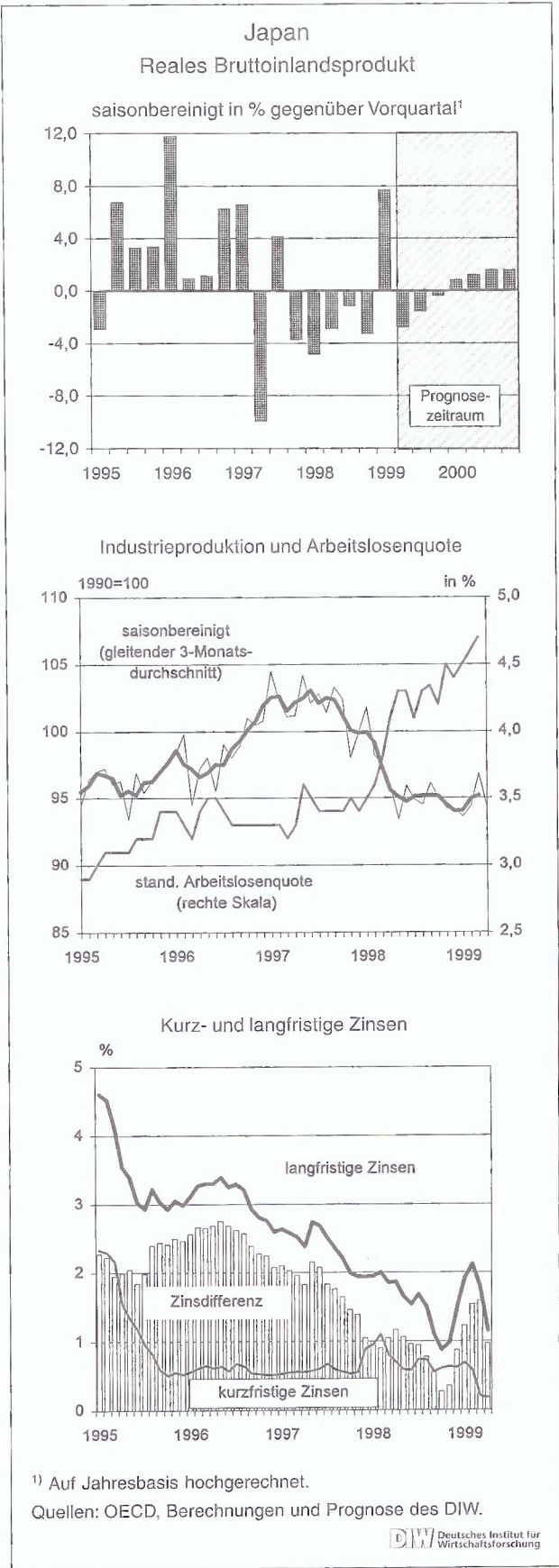


Abbildung 2



kräftig zugenommen. Derzeit wirken gleichzeitig öffentliche Investitionsprogramme, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Steuererleichterungen insbesondere im Wohnungsbau, Kreditprogramme für kleine und mittlere Unternehmen und die Sanierung des Bankensektors expansiv. Es ist anzunehmen, daß das Programm im Gesamtumfang von rund 5 % des Bruttoinlandsprodukts nur mit etwa der Hälfte nachfragewirksam wird. Die öffentlichen Defizite dürften sich zunächst auf bis zu 9 % des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Gleichwohl werden zur Zeit in Japan auch schon Nachfolgeprogramme für den Herbst dieses Jahres gefordert, weil allgemein noch nicht mit einem selbsttragenden Aufschwung gerechnet wird. Zusätzliche Impulse werden von diesen Folgeprogrammen allerdings nicht mehr ausgehen. Sie könnten aber das hohe Ausgabenniveau des Staates stabilisieren und damit den finanzpolitischen Kurs, im Unterschied zu früheren Jahren, verstetigen.

Die Geldpolitik versucht nun schon seit Jahren — erfolglos — mit niedrigen Zinsen die Wirtschaft anzukurbeln. So führte die Bank von Japan in diesem Frühjahr den Tagesgeldzins auf fast Null zurück. Für einen durchgreifenden expansiven Impuls muß aber zu den niedrigen Zinsen eine kräftige Geldmengenexpansion hinzukommen. Die bisherige Geldmengenexpansion von 3 bis 4 % reichte dafür nicht aus. Damit positive Preis- und Ertrags-erwartungen sowie ein kräftiges Wirtschaftswachstum zustande kommen, müßte eine potentialorientierte Geldmengenausweitung bis auf weiteres doppelt so stark sein.¹

Japans Wirtschaft hat sich bisher noch nicht aus ihrer deflationären Situation befreien können. Die Konsumentenpreise sind leicht abwärts gerichtet, und bei den Großhandels- und den Erzeugerpreisen setzte sich der schon langanhaltende Rückgang fort. Die sehr niedrige Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe dürfte weiterhin die gewerbliche Investitionstätigkeit dämpfen. Gleichzeitig drücken die sinkenden Einkommen der Arbeitnehmer und die steigende Arbeitslosigkeit den privaten Verbrauch. Im Wohnungsbau zeigt sich — auch infolge des staatlichen Stabilisierungsprogramms — eine Aufwärtstendenz. Bei der Ausfuhr wird eine solche Tendenz erst in der zweiten Jahreshälfte, insbesondere aufgrund wieder steigender Exporte in die asiatischen Nachbarländer, erwartet, die dann die rückläufigen Ausfuhren in die USA und nach Europa kompensieren dürften. Allerdings dämpft die reale Aufwertung des Yen die Erholung der Exporte. Insgesamt dürfte Japans Wirtschaft in diesem Jahr — trotz des gewaltigen Fiskalprogramms — kaum wachsen. Und auch im nächsten Jahr wird das Inlandsprodukt, nachdem die direkten Nachfrageeffekte ausgelaufen sind, nur geringfügig höher sein.

Konsumgetragener Aufschwung in den USA

Der wirtschaftliche Aufschwung in den USA zeigte sich bis zuletzt als äußerst robust. Im ersten Quartal 1999 expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Jahresrate von 4,3 % (Abbildung 3).

Treibende Kraft war die kräftige Binnenkonjunktur. In nominaler Rechnung nahmen die Ausgaben der privaten Haushalte stärker zu als die verfügbaren Einkommen. Zuletzt überstiegen die Verbrauchsausgaben sogar das verfügbare Einkommen. Damit wurde die Sparquote der privaten Haushalte negativ. Die Finanzpolitik dürfte konjunkturdämpfend gewirkt haben. Dank der robusten Verbrauchskonjunktur blieb die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hoch. Die privaten Bruttoinvestitionen nahmen im ersten Quartal 1999 mit einer Jahresrate von rund 8½ % etwa im gleichen Tempo wie im zweiten Halbjahr 1998 zu.

Die amerikanische Geldpolitik hatte auf die im Sommer vergangenen Jahres erhöhten wirtschaftlichen Risiken sehr schnell reagiert und die Zinsen im letzten Herbst kräftig gesenkt. Aufgrund der zügigen Erholung hat sie diese Zinssenkung kürzlich etwas zurückgenommen. Weitere Zinserhöhungen sind vorerst nicht zu erwarten, da die Preisstabilität nicht bedroht ist und die Geldmengenexpansion sich zuletzt merklich abgeflacht hat.

Ein durch den privaten Verbrauch getragener Aufschwung ist typisch für eine Volkswirtschaft, die sich in der Spätphase des Konjunkturzyklus befindet. Üblicherweise nehmen dann die Arbeitseinkommen kräftig zu. Dies ist mit steigenden Lohnstückkosten verbunden, die sich in beschleunigender Inflation niederschlagen und über kurz oder lang zu einem Konflikt mit der stabilitätsorientierten Zentralbank führen.

Eine sich anhaltend beschleunigende Inflationsentwicklung ist jedoch in den USA nicht zu beobachten. Zwar nahmen die Lohnkosten je Stunde (Abbildung 4) insbesondere im vergangenen Jahr etwas stärker zu, jedoch blieben die Lohnstückkostenentwicklung moderat und das Preisklima ruhig.

Bei alledem scheinen die Chancen der US-amerikanischen Wirtschaft für eine weiche Landung günstig. Gleichwohl ergeben sich Risiken: Zum einen resultieren sie aus der Finanzierungsstruktur der privaten Verbrauchsausgaben und zum anderen aus dem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht.

Schon seit Mitte der neunziger Jahre war der private Verbrauch die treibende Kraft der Expansion der US-amerikanischen Wirtschaft (Abbildung 4). Die privaten Konsumausgaben expandierten in diesem Zeitraum mit einer durchschnittlichen Rate von knapp 5½ % kräftiger als die verfügbaren Einkommen (4,7 %). Allerdings hat sich die

¹ Vgl. Japan: Kann die Deflationsgefahr gebannt werden? Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/99.

Finanzierungsstruktur der Konsumausgaben geändert. Gingen die Expansion des privaten Verbrauchs und der Rückgang der Sparquote seit Anfang 1993 mit einer erheblichen Ausweitung der Konsumentenkredite einher (Abbildung 4), nahmen die privaten Haushalte seit Anfang 1997 wieder weniger Kredite auf. Der weitere Rückgang der ohnehin sehr niedrigen Sparquote ist mit einer beschleunigt zunehmenden Verschuldung folglich nicht zu erklären.

Die Finanzierung des privaten Verbrauchs wird nun offensichtlich aus anderen Quellen gespeist. Eine dieser potentiellen Finanzierungsquellen sind realisierte Werte von Vermögensbeständen. Nimmt zum Beispiel der Wert des Aktienvermögens zu und verkaufen die privaten Haushalte Aktien an andere Sektoren, um Konsumgüter zu erwerben, werden im Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zwar diese Güterkäufe bei den Verbrauchsausgaben erfaßt, aber der Erlös aus dem Aktienverkauf wird nicht bei den verfügbaren Einkommen, sondern als Abbau des Geldvermögens verbucht. Dies ist die Konsequenz dessen, daß in der Einkommensrechnung grundsätzlich nur Transaktionen, aber keine Buchgewinne, zum Beispiel aus Kurssteigerungen, registriert werden. Die Ersparnis der privaten Haushalte, die sich als statistisches Residuum zwischen Einnahme- und Ausgabeströmen ergibt, geht daraufhin — zugunsten der Ersparnis bzw. Geldvermögensbildung anderer Sektoren — zurück oder wird sogar negativ.²

Gerade diese Entwicklung scheint in den letzten beiden Jahren in den USA eingetreten zu sein. Der Wert der an der New Yorker Börse gehandelten Aktien ist von Januar 1995 bis April 1999 um 150 % gestiegen (Abbildung 4). Die privaten Haushalte fühlten sich daher reicher. Sie reduzierten ihre Ersparnis und realisierten einen Teil ihrer Aktiengewinne, um ihren Konsum zu erhöhen. Die Realisierung der Vermögensgewinne war aber ohne größere Kursverluste nur möglich, weil den von den privaten Haushalten angebotenen Aktien eine Mehrnachfrage von anderen Sektoren gegenüberstand. Wichtigster Käufer war offensichtlich das Ausland. Gerade in den letzten beiden Jahren war ein erheblicher Kapitalzustrom in die USA — zuletzt sogar beschleunigt — zu beobachten (Abbildung 4). Dies verhinderte den in einer konjunkturellen Spätphase üblicherweise zu verzeichnenden ausgeprägten Anstieg der Kapitalmarktzinsen. Die Nutzung des internationalen Produktionspotentials über verstärkte Importe (Abbildung 4), mäßige Lohnabschlüsse und der stärkere Dollar verhinderten ein Anziehen der Inflation.

Wegen der Volatilität der internationalen Kapitalströme birgt die Abhängigkeit vom Kapitalzufluß ein großes Risiko. Insbesondere mit dem Anwachsen des US-amerika-

² Zur Berechnung der Sparquote in den USA vgl. Heidi Sherman: Die amerikanische Sparquote sinkt auf Null. In: ifo-Schnelldienst, Heft 8, 1999.

Abbildung 3

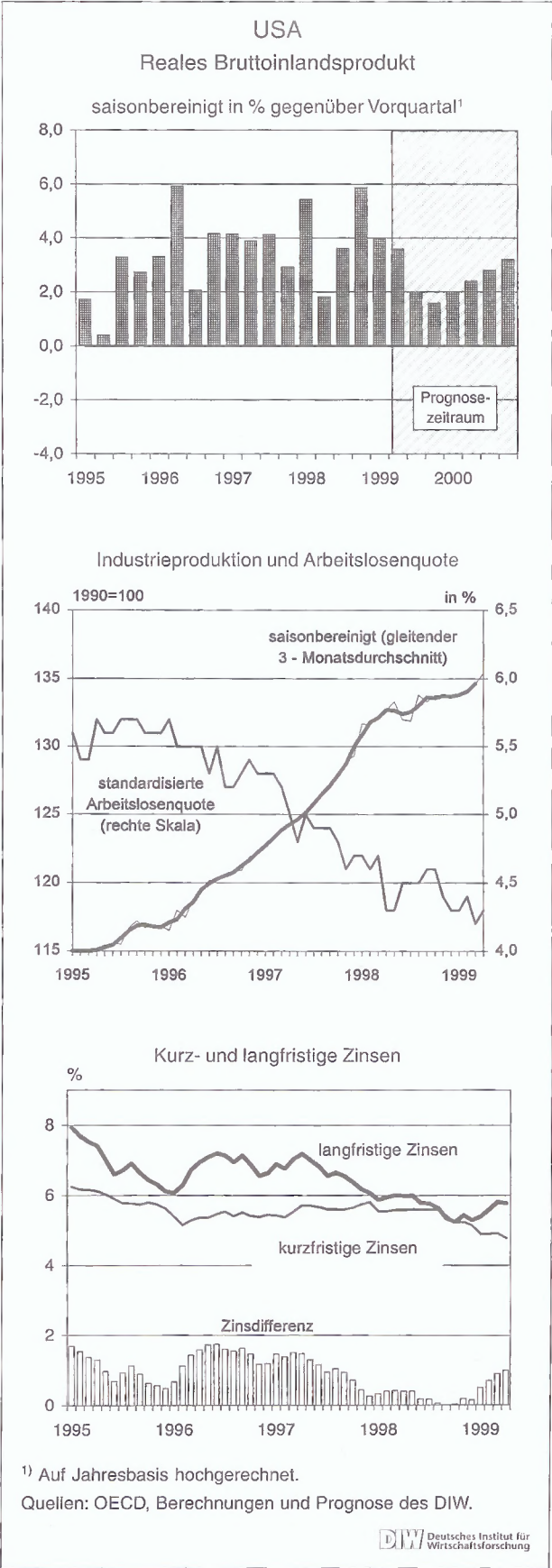
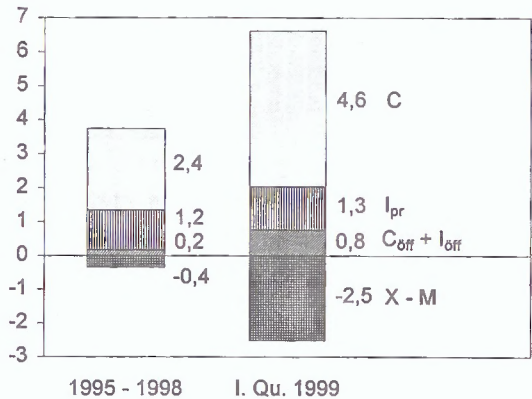


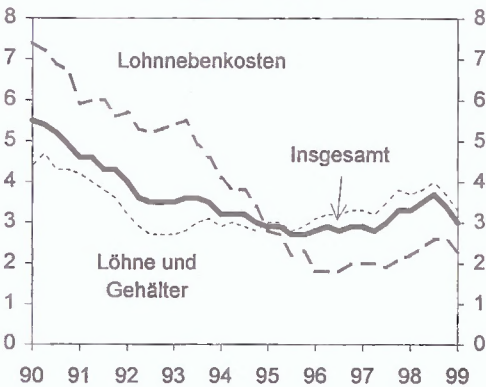
Abbildung 4

USA
Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung

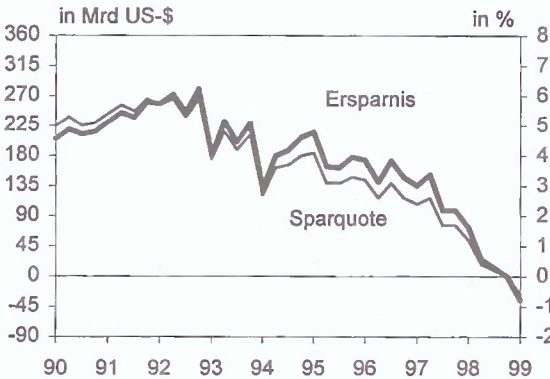
Wachstumsbeitrag der BIP-Aggregate¹



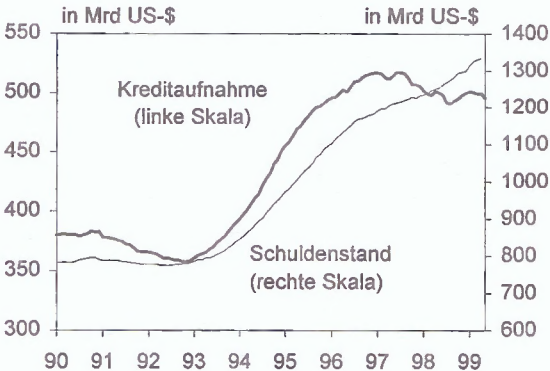
Lohnkosten je Stunde
Veränderung in %



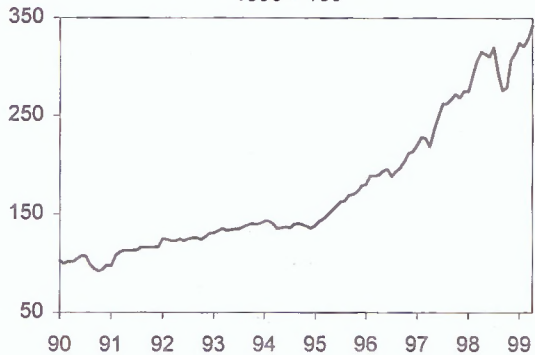
Ersparnis und Sparquote



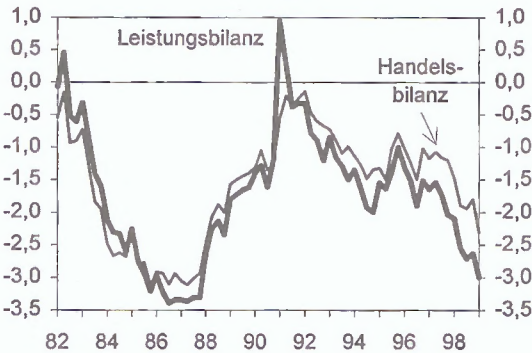
Konsumentenkredite der privaten Haushalte



Aktienindex²
1990 = 100



Handels- und Leistungsbilanzsaldo
in % des BIP



¹⁾ C: privater Verbrauch, I_{pr}: private Bruttoinvestitionen, C_{off}: öffentlicher Verbrauch, I_{off}: öffentliche Investitionen, X: Exporte, M: Importe. — ²⁾ Common Stock Index der an der New Yorker Börse gehandelten Aktien.

Quellen: Bureau of Economic Analysis (Survey of Current Business); Bureau of Labor Statistics; US Federal Reserve System; OECD; Berechnungen des DIW.

nischen Leistungsbilanzdefizits steigt die Wahrscheinlichkeit für eine Abwertung des Dollar. Kommt es zu spürbaren Kapitalabflüssen, die den Wert der Aktienbestände reduzieren und zu stärker steigenden Kapitalmarktzinsen führen, wird sich die Abkühlung der wirtschaftlichen Dynamik abschwächen, ohne daß die Zentralbank die Zügel strafft.

Für die Prognose wird eine derartige Entwicklung der Kapitalströme, allerdings keine krisenhafte Zuspitzung, unterstellt. Die Verteuerung der Kapitalkosten bremst die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Daß die Aktienkurse auf längere Sicht nicht mehr so stark wie bisher steigen, wird vor allem die Verbrauchsnachfrage dämpfen. Da die verfügbaren Einkommen der US-amerikanischen Haushalte bei Lohnzuwächsen je Stunde um reichlich 3 % und bei weiter zunehmender Beschäftigung immer noch kräftig steigen, ist ein Einbruch des privaten Verbrauchs nicht zu erwarten. Der reale private Verbrauch wird daher, trotz einer wahrscheinlichen Erhöhung der privaten Ersparnis, weiter expandieren. Die für die Prognose unterstellte leichte Abwertung dürfte die Ausfuhr auf mittlere Sicht etwas beleben und die Einfuhr bremsen. Eine Abflachung der gesamtwirtschaftlichen Expansion ist allerdings angesichts der derzeit noch großen konjunkturellen Dynamik erst für den Verlauf des zweiten Halbjahres 1999 zu erwarten. Erste Anzeichen, wie ein langsames Geldmengenwachstum und stagnierende Unternehmenskredite sind bereits zu beobachten. Insgesamt dürfte das Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft in diesem Jahr noch 3,8 % betragen und sich im kommenden auf 2,3 % verringern.

Lateinamerika in der Rezession

In den Ländern Südamerikas hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, nachdem sie sich bereits im Verlauf des letzten Jahres stark verlangsamt hatte, noch einmal abgeschwächt. Zusätzlich zum Nachfragerückgang als Folge der Asienkrise und des damit einhergehenden Verfalls der Rohstoffpreise haben die Zinsen, die zur Stabilisierung der unter Druck geratenen Wechselkurse angehoben wurden, das Wachstum merklich gedämpft.

In Brasilien konnte die Wechselkursbindung im Rahmen eines „crawling peg“ nicht aufrecht erhalten werden, und der brasilianische Real wurde zu Jahresbeginn um über 50 % abgewertet. Anders als im Gefolge der Währungsturbulenzen in Asien griffen diese Abwertungen nicht auf andere Währungen über. Zwar wurde so in den meisten südamerikanischen Volkswirtschaften eine Verteuerung der in ausländischer Währung aufgenommenen Kredite verhindert, allerdings haben sich dadurch die Wettbewerbspositionen dieser Länder im Handel mit Brasilien, dem größten Markt in Südamerika, deutlich verschlechtert (Tabelle 5).

Mittlerweile hat sich die Lage auf den Finanzmärkten in Lateinamerika beruhigt. Das Kapital, das zuvor massiv abgewandert war, floß zum Teil wieder zurück, und die kurzfristigen Zinsen sanken wieder auf das Niveau vor der Krise. Die Wachstumsperspektiven sind für die meisten Länder Südamerikas daher für das kommende Jahr wieder etwas besser (Tabelle 5).

Ein deutlich günstigeres Bild zeigt sich für die Länder, deren Handel sich mehr auf die USA als auf Brasilien

Tabelle 5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in lateinamerikanischen Ländern 1998–2000

	Gewicht in % ¹⁾	Reales Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		1998	1999	2000	1998	1999	2000
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Argentinien	18,3	4,2	-2,7	1,0	0,9	-1	-0,5
Brasilien	47,6	0,2	-2,5	3,5	3,2	15	8
Chile	4,3	3,5	1,5	4,0	5,3	4,5	4
Kolumbien	5,3	0,6	-1,5	2,5	20	18	15
Mexiko	20,2	4,8	3,0	3,5	15,9	18	15
Venezuela	4,4	-0,7	-2,0	3,0	35,8	30	25
Insgesamt	100,0	2,0	-1,2	3,0	7,8	13	9

¹⁾ Gemäß dem Bruttoinlandsprodukt von 1997.

Quellen: IWF, International Financial Statistics; Nationale Institute; DB-Research, Aktuelle Länderberichte; 1999 und 2000 Prognose des DIW.

konzentriert. Dies gilt vor allem für Mexiko, das rund 85 % seiner Exportgüter in die USA und nur 6 % nach Südamerika liefert. Hier dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum rund 3 % in diesem Jahr und 3½ % im Jahre 2000 betragen.

Von den Währungsturbulenzen um den brasilianischen Real wurde Argentinien besonders betroffen, da es einerseits seine Währung fest an den US-Dollar gebunden hat, andererseits aber 1997 gut 30 Prozent seines Exportes mit Brasilien abwickelte. Die Abwertung des brasilianischen Real hat daher für Argentinien eine erhebliche reale Aufwertung zur Folge. Dies und die restriktive Geldpolitik zur Verteidigung des argentinischen Peso werden in diesem Jahr zu einer tiefen Rezession führen, von der sich die argentinische Wirtschaft erst im Verlauf des nächsten Jahres langsam erholen wird.

Geringere Dynamik in Mittel- und Osteuropa

Das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion hat sich in den mitteleuropäischen Reformstaaten gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt. Ursächlich für diese Entwicklung ist nicht nur die geringere Dynamik in Westeuropa, die zu einer schwächeren Exportentwicklung führte, sondern es sind auch interne Versäumnisse

dafür verantwortlich. Das Tempo der institutionellen Reformen und die makroökonomischen Strategien divergieren erheblich. Dennoch werden auch in Ländern, die im Transformationsprozeß am weitesten fortgeschritten sind und wo die makroökonomischen Rahmenbedingungen relativ günstig sind, wie in Polen, Ungarn und Slowenien, die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts unter den Vorjahreswerten liegen. Tschechien, der ehemalige Musterschüler unter den Transformationsländern, wird aufgrund verzögerter Strukturanpassungen insbesondere im Unternehmenssektor eine weitere Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts hinnehmen müssen. Verschleppte institutionelle Reformen und eine inkonsistente Makropolitik sind in Rumänien und Bulgarien immer noch die Haupthindernisse für den Übergang auf einen Wachstumspfad (Tabelle 6).

Wie im Vorjahr wird die Entwicklung entscheidend von der Inlandsnachfrage bestimmt. In einigen Ländern stiegen die Reallöhne und infolgedessen auch der private Verbrauch; die Investitionsdynamik scheint sich in vielen Fällen dagegen abgeschwächt zu haben. Für die nachlassende Exportdynamik sind neben der schwachen Entwicklung in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, und neben den Folgen der russischen Währungskrise zunehmend auch die seit längerem anhaltenden realen

Tabelle 6

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote					
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %									in % ¹⁾		
		1998	1999*	2000*	1998	1999*	2000*	1998	1999*	2000*			
Polen	22,5	4,8	3,5	4	11,8	8	6	10,4	11	11			
Tschechien	7,7	-2,7	-2	1	10,7	8	7	7,5	9	10			
Ungarn	6,8	5,0	4	4	14,2	10	9	9,1	9	8			
Rumänien	5,9	-7,3	-5	-2	59,1	30	30	10,3	11	12			
Slowakei	2,9	4,4	0	-1	6,7	12	9	15,6	17	18			
Slowenien	2,8	3,9	2	3	7,9	9	7	14,5	14	13			
Bulgarien	1,8	1,5	-1	0	24	5	6	12,2	13	14			
Mitteleuropa ²⁾	50,4	2,1	1,3	2,4									
Rußland	42,3	-4,6	-4	-2	27,6	90	40	11,8	14	15			
Ukraine	5,2	-1,7	-2	-1	20,0	25	20	4,6 ³⁾	5 ³⁾	6 ³⁾			
Belarus	2,2	8,3	-3	-5	106	170	50	2,3 ³⁾	5 ³⁾	5 ³⁾			
Insgesamt ²⁾	100	-0,8	-1,2	0,2									
Nachrichtlich: Exportgewicht ⁴⁾		1,0	0,3	1,5									

* Prognose. — ¹⁾ Stand am Jahresende. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen von 1998. — ³⁾ Nationale Angaben, nicht vergleichbar mit der ILO-Methodik. — ⁴⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1998.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen. 1999 und 2000 Prognose des DIW.

Aufwertungstendenzen, insbesondere gegenüber der D-Mark bzw. dem Euro, verantwortlich zu machen.³ Das teilweise erst jetzt beschleunigte Anpassungstempo im Unternehmenssektor spiegelt sich in einigen Volkswirtschaften nicht zuletzt in einem Anstieg der Arbeitslosenquote.

Eine wesentliche Herausforderung für die zukünftigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen stellen die hohen, teilweise wachsenden Leistungsbilanzdefizite dar. Dies gilt um so mehr, als im Zuge der Asienkrise sichtbar wurde, daß eine reale Aufwertungstendenz im Zusammenspiel mit einer nur begrenzt risiko- und renditeorientierten Kreditvergabepraxis des Bankensektors eine extreme Gefährdung darstellen kann. Nicht zuletzt um einer weiteren Verschärfung der Leistungsbilanzsituation durch die realen Aufwertungstendenzen zu entgehen, planen Polen und Ungarn in der zweiten Jahreshälfte 1999 die Freigabe des Wechselkurses bzw. eine Ausweitung der Bandbreite des „crawling-peg“. In der Slowakei sollen hingegen Importabgaben zur Entschärfung der Leistungsbilanzsituation beitragen.

Trotz aller Schwierigkeiten wird die Region im Jahre 1999 eine beachtliche Wachstumsrate aufweisen können. Im nächsten Jahr ist für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ein positiver Impuls von der Konjunkturbelebung in Westeuropa zu erwarten.

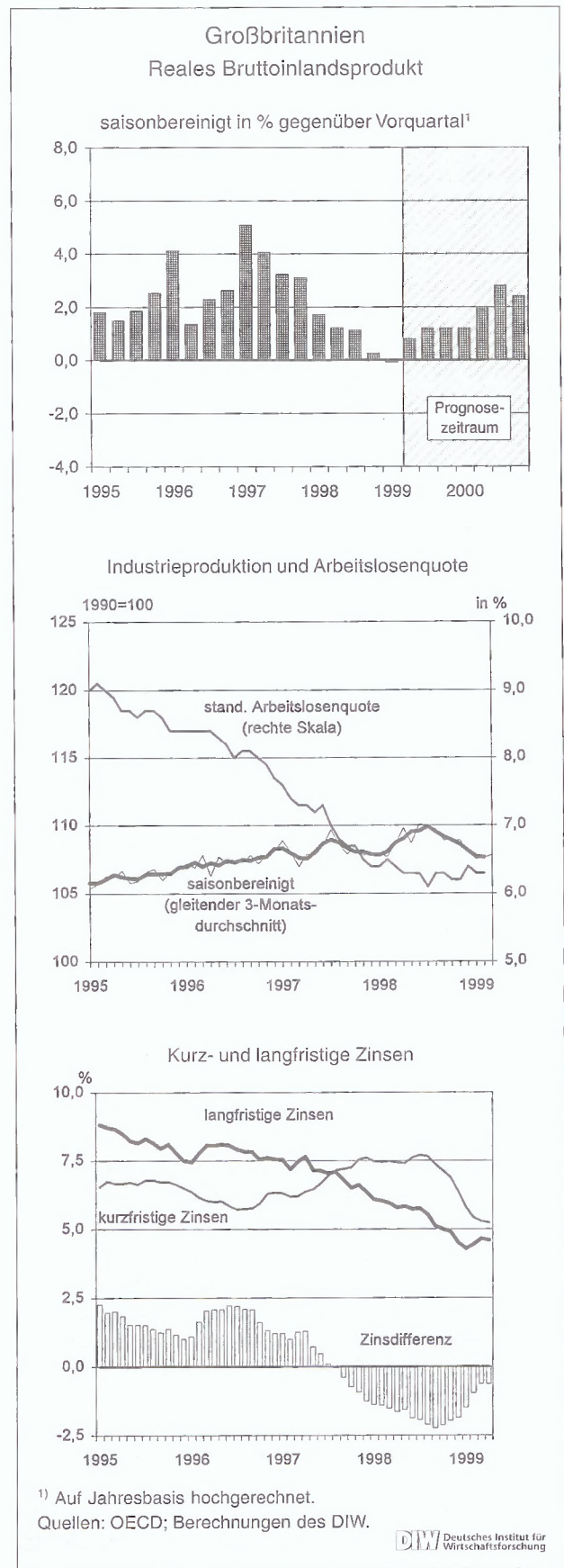
In Rußland zeichnet sich für 1999 ein weiterer Rückgang der Produktion ab, wenngleich einzelne Branchen Zuwachsraten aufweisen. Allerdings zeigt sich ein Einbruch des privaten Verbrauchs und der Investitionen, die angesichts des maroden Kapitalstocks eine notwendige Voraussetzung für eine Trendwende darstellen. Trotz aller Vorgaben des IMF scheint es kein in sich konsistentes wirtschaftspolitisches Konzept zu geben, auf dessen Grundlage eine Trendwende eingeleitet werden könnte. Statt dessen rückt die Restrukturierung der Auslandsschulden zunehmend in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Vor diesem Hintergrund sind auch für das nächste Jahr die Chancen für eine Trendwende auf der Grundlage einer marktwirtschaftlich fundierten Wirtschaftsordnung als gering einzustufen.

Westeuropa außerhalb der EWU: Großbritannien am Rande einer Rezession

Seit Mitte des vergangenen Jahres hat sich in den westeuropäischen Ländern außerhalb der EWU die konjunkturelle Entwicklung spürbar verlangsamt. In allen Ländern wurden die Exporte wegen der Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika erheblich gedrückt. In einigen

³ Von der Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar dagegen werden diese Volkswirtschaften angesichts ihrer Exportorientierung in den Euro-Raum kaum profitieren können.

Abbildung 5



Ländern haben auch wirtschaftspolitische Restriktionen die Abschwächung verstärkt. So bleibt die Finanzpolitik in Dänemark noch immer auf einem restriktiven Kurs. Vor allem aber ist die Geldpolitik in Großbritannien und Norwegen trotz mehrerer Zinssenkungen insgesamt immer noch restriktiv ausgerichtet.

Seit Ende 1998 hat das Wirtschaftswachstum in Großbritannien annähernd stagniert (Abbildung 5). Das im europäischen Vergleich hohe Zinsniveau hat den Pfundkurs hochgehalten und damit zum Rückgang der Ausfuhr zum Jahresende beigetragen. Nur die Zinssenkungen seit Herbst des vergangenen Jahres und die wieder expansive Finanzpolitik konnten verhindern, daß die britische Wirtschaft in eine Rezession geriet. Die Bank von England wird den geldpolitischen Kurs weiter lockern, zumal das von ihr angestrebte Inflationsziel von 2,5 % gegenwärtig nicht verfehlt zu werden droht. Damit dürfte sich die Investitionstätigkeit, insbesondere auch im Baubereich, allmählich stabilisieren. Wie im übrigen Europa wird sich mit der Entschärfung der außereuropäischen Wirtschaftskrisen auch die Auslandsnachfrage wieder kräftigen. Im Verlaufe des nächsten Jahres wird sich die wirtschaftliche Erholung dann allmählich verstärken. Gleichwohl wird sie auch im nächsten Jahr zu schwach bleiben, um eine deutliche Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.

Unter den gegebenen wirtschaftspolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte sich das reale Bruttoinlandsprodukt der westeuropäischen Nicht-EWU-Länder insgesamt in diesem Jahr um etwa 1 % und im Jahre 2000 um etwa 2 % erhöhen. Der Verbraucherpreisanstieg dürfte in beiden Jahren bei knapp 2 % liegen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich etwas verschlechtern.

Allmähliche Erholung in der EWU

Nach einer deutlichen Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres erreichte die konjunkturelle Entwicklung im Euro-Währungsgebiet Anfang 1999⁴ ihren Tiefpunkt. Dies war vor allem auf die ungünstige außenwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Nachdem der Außenbeitrag im Euroraum bereits im vierten Quartal 1998 um etwa 13 % gegenüber dem Vorquartal gesunken war, verringerte er sich im ersten Quartal 1999 nochmals, wenn auch nur noch wenig. Die Inlandsnachfrage konnte die außenwirtschaftliche Schwäche nur teilweise ausgleichen. Unter den für die Entwicklung der Weltwirtschaft getroffenen Annahmen ist im Euro-Währungsgebiet für die zweite Hälfte dieses Jahres eine Erholung der Konjunktur zu erwarten. Gegen Ende des Jahres werden auch die Impulse der Leitzinssenkung vom April 1999 wirksam werden.

Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen wurden aufgrund der Exportflaute zu Beginn dieses Jahres deutlich schwächer ausgeweitet. Mit deren Überwindung werden die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des kommenden Jahres wieder stärker steigen. Bei den Bauinvestitionen zeichnete sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres im EWU-Durchschnitt eine gewisse Stabilisierung ab. Während Spanien, Finnland und Irland einen Bauboom erleben, zeichnet sich für Deutschland lediglich eine allmähliche Verbesserung der bisher sehr schwachen Baukonjunktur ab. Die Bauinvestitionen entwickeln sich in diesem und im nächsten Jahr deutlich günstiger als noch im Vorjahr. Gleichwohl bleibt der Anstieg insgesamt flach.

⁴ Die laufenden Quartalsraten des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund von methodischen Unterschieden von den unlängst von Eurostat veröffentlichten Werten. Vgl. dazu die Box.

Zur Einführung des ESVG 95 in den Ländern der EWU

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die EU-Länder werden derzeit auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (kurz: ESVG 95) umgestellt.¹ Grundsätzlich sollten die EU-Länder bis Ende April ihre jährlichen und vierteljährlichen VGR-Daten nach dem neuen Konzept an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) liefern. Für eine Reihe von Ländern wurden jedoch Ausnahmeregelungen getroffen, die spätere Datenlieferungen zulassen. Daher basieren die aktuelle Analyse und die Prognose des Bruttoinlandsprodukts der EWU sowie seiner Hauptaggregate zum überwiegenden Teil auf Daten nach dem bisher geltenden ESVG 79. Für einige Länder² lagen zum Zeitpunkt der

Prognose bereits Daten nach dem ESVG 95 vor. Irland und Luxemburg erstellen bisher keine vierteljährliche VGR. Daher ist das DIW in erheblichem Umfang auf eigene Schätzungen angewiesen. Auch Eurostat mußte seine erste Schätzung für das erste Quartal dieses Jahres, die Mitte Juni veröffentlicht wurde, auf zweierlei VGR-Konzeptionen aufbauen. Mit deutlichen Revisionen der Datenbasis ist zu rechnen.

¹ Vgl.: Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/99.

² Deutschland, Finnland, Portugal.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten bis zuletzt weiterhin kräftig. Im ersten Quartal 1999 lagen sie um 2,7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Damit blieb der Konsum die Konjunkturstütze in der EWU. Neben den niedrigen Zinsen trugen insbesondere die deutlich gestiegenen Reallöhne hierzu bei. In einigen Ländern, z. B. Spanien, erweiterten zudem auch Einkommensteuersenkungen den finanziellen Spielraum der privaten Haushalte. Auch in diesem Jahr wird die Konjunktur vor allem von den Konsumausgaben der privaten Haushalte getragen; mit 2,5 % wachsen sie deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Da auch für 2000 mit einer günstigen Einkommensentwicklung zu rechnen ist, werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte unvermindert ausgeweitet werden.

Die Konsumausgaben des Staates erhöhten sich hingegen infolge der durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt erzwungenen Konsolidierungsbemühungen unterdurchschnittlich. Von den Konsumausgaben des Staates sind auch für den Prognosezeitraum keine Impulse zu erwarten. Wenngleich einige Länder ihre Konsolidierungsbemühungen verringert haben, wird der Staatsverbrauch nach wie vor unterdurchschnittlich zunehmen.

Von Mitte dieses Jahres an werden sich die Exporte in den Ländern außerhalb der EWU sowie der Binnenhandel im Euro-Währungsgebiet wieder deutlich beleben. Der Außenbeitrag wird im Jahresdurchschnitt jedoch noch um etwa 11 % sinken, bevor er sich im kommenden Jahr wieder erholen dürfte. In realer Rechnung wird er das Niveau von 1998 jedoch nicht wieder erreichen.

Abbildung 6

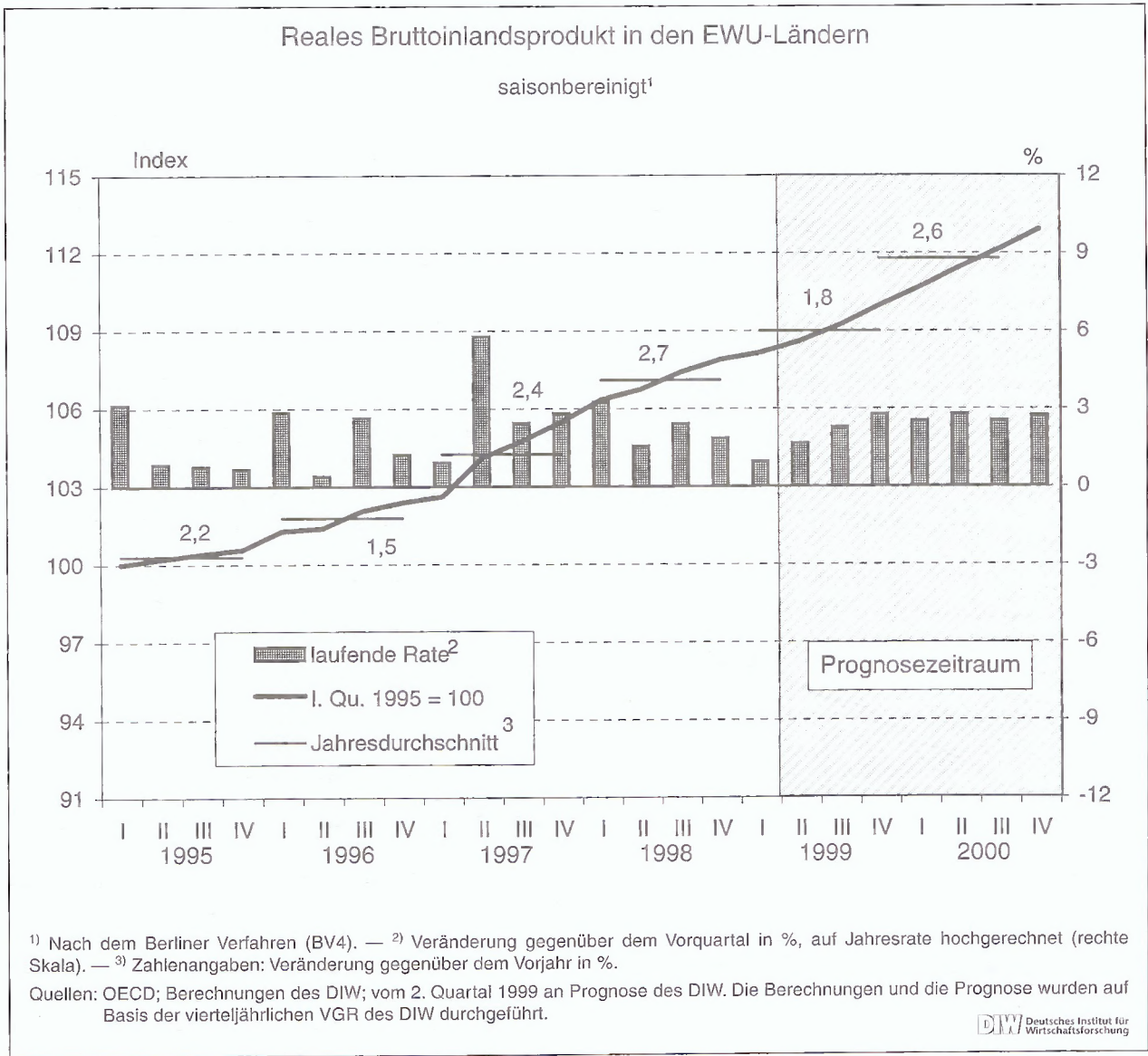
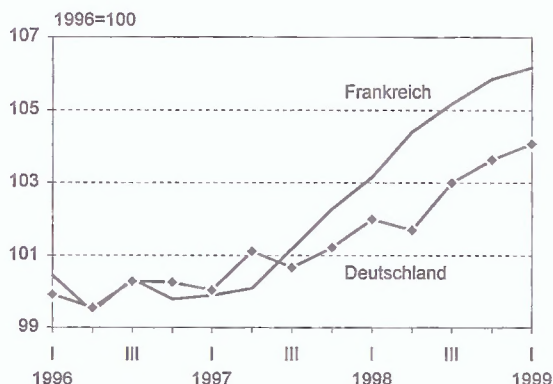


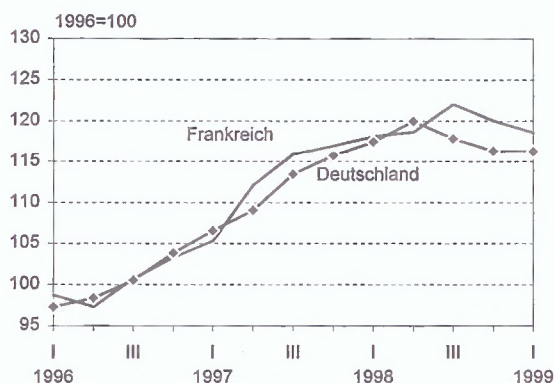
Abbildung 7

Entwicklung wichtiger Komponenten¹⁾ des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland und Frankreich

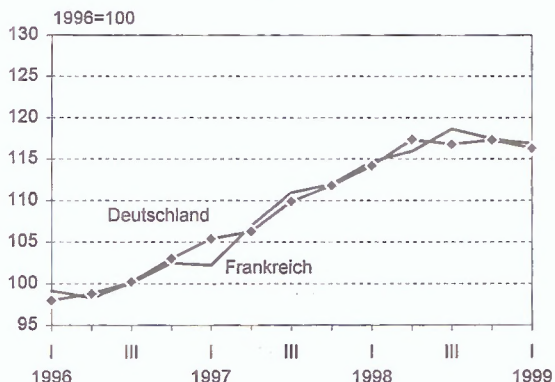
Privater Verbrauch



Exporte



Importe



¹⁾ Saisonbereinigt.

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Das Beschäftigungswachstum in der EWU schwächte sich insbesondere in der Industrie etwas ab, während es im Dienstleistungssektor unvermindert anhielt. Die Arbeitslosenquote hat sich seit Ende 1998 weiter verringert, auf 10,4 % im April 1999. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich in diesem und im nächsten Jahr bei moderat steigenden Lohnstückkosten weiter nur leicht verbessern.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in der EWU in diesem Jahr um 1,8 % zunehmen, im kommenden Jahr um 2,6 % (Abbildung 6).

Unterschiedliche Bewältigung der Währungsturbulenzen

Von besonderer Bedeutung innerhalb der EWU sind die divergierenden Entwicklungen in den großen Volkswirtschaften: Deutschland und Italien mit einem niedrigen Wachstum und Frankreich mit einem höheren Wachstum. Dabei läßt sich die besonders schwache Konjunktur in Italien mit den Nachwirkungen der enormen Konsolidierungsanstrengungen zur Erfüllung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts und vor allem auch mit den außenwirtschaftlichen Beeinträchtigungen erklären. Unter den Folgen der Krisen in Asien, Rußland und Südamerika hatten aber auch Deutschland und Frankreich zu leiden. Deutschland wurde aufgrund seiner engeren Lieferbeziehungen mit den betroffenen Ländern von den weltwirtschaftlichen Krisen etwas früher und stärker getroffen (Abbildung 7). Dies allein vermag jedoch die Divergenz noch nicht zu erklären. Ausschlaggebend für das kräftigere Wirtschaftswachstum in Frankreich ist die Entwicklung des privaten Verbrauchs (Abbildung 7), der insbesondere seit 1997 erheblich kräftiger als in Deutschland expandierte. Im Gegensatz zu Deutschland verfolgte man in Frankreich eine Lohnpolitik, bei der die Lohnstückkosten nicht rückläufig waren, sondern sogar leicht stiegen. Damit konnte eine Konsumschwäche vermieden werden, ohne daß die außenwirtschaftliche Entwicklung deshalb wesentlich schlechter war. Hinzu kam, daß der Staat seine finanzpolitischen Spielräume weitgehend ausschöpfte und damit die wirtschaftliche Entwicklung stabilisierte.

Finanzpolitik: konjunkturell retardierter Defizitabbau

Die Defizitquote (Defizit der öffentlichen Haushalte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) hat sich in den EWU-Ländern im Jahre 1998 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal, nämlich von 2,5 auf 2,1 %, verringert (Tabelle 7). Dies war im wesentlichen eine Folge des in vielen Ländern zunächst kräftigen Wirtschaftswachstums. In diesem Jahr wird sich die Defizitquote wegen der konjunkturellen Abschwächung aber allenfalls marginal weiter reduzieren lassen.

Tabelle 7

Entwicklung der Budgetsalden in der EWU 1996 bis 2000
in % des Bruttoinlandsprodukts

		1996	1997	1998	1999	2000
Gesamtsaldo der öffentlichen Haushalte	Prognose	-4,1	-2,5	-2,1	-1,9	-1,7
	Stabilitätsprogramme	-	-	-	-1,8	-1,6
Primärer Budgetsaldo	Prognose	-	-	2,4	2,3	2,4
	Stabilitätsprogramme	-	-	-	2,7	2,7
Staatsschuld	Prognose	75,3	75,1	73,4	72,6	71,2
	Stabilitätsprogramme	-	-	-	72,5	71,3

Quellen: European Commission, Spring 1999 Forecast; EZB, Monatsbericht Juni 1999.

Die Unterschiede zwischen den EWU-Ländern bei den Defizitquoten bleiben allerdings deutlich. Italien kämpft aufgrund des Konjunkturabschwungs, in dem sich neben den weltwirtschaftlichen Krisen auch die Nachwirkungen der enormen Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre zur Erreichung der Maastrichtkriterien spiegeln, darum, sein vor kurzem bereits auf 2,4 % heraufgesetztes Defizitziel annähernd zu erreichen. Frankreich hat bewußt den Defizitabbau verzögert, um die Konjunktur nicht zu beeinträchtigen. Dagegen weisen die skandinavischen Länder, Irland und Luxemburg, teilweise schon erhebliche Überschüsse auf. Vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche in der EWU wirkt die öffentliche Diskussion um die leichte Anhebung des Defizitziels für den italienischen Staatshaushalt überzogen. Schließlich geht es nicht darum, die im Vertrag von Maastricht festgelegte Obergrenze für die Fehlbeträge zu überschreiten, sondern allein um eine konjunkturbedingt leicht verlangsamte Rückführung des Finanzierungsdefizits. Ein solches Vorgehen ist bei unterausgelasteten Produktionskapazitäten und nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit nicht als stabilitätswidrig zu bezeichnen. Im Gegenteil, indem der Staat in einer Phase konjunktureller Schwäche vorsichtiger konsolidiert, stabilisiert er die Wirtschaftsentwicklung und verbessert so die Voraussetzung für einen Aufschwung, der dann für eine nachhaltige Rückführung des Staatsdefizits genutzt werden sollte.

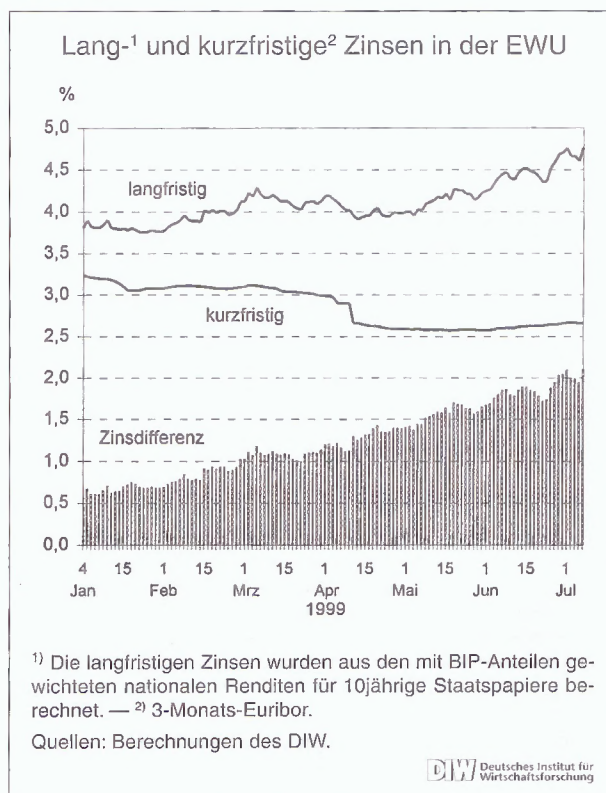
Insgesamt wird die Finanzpolitik in diesem Jahr wohl restriktiv wirken. Bei einem Wachstum der Staatsausgaben unterhalb des Produktionspotentials und bei überproportional steigenden Staatseinnahmen gehen vom Staatshaushalt dämpfende Effekte auf die Wirtschaft aus. Mit dem für das nächste Jahr erwarteten, wieder kräftigeren Wirtschaftswachstum im EWU-Raum wird sich die Konsolidierung bei konjunkturbedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben fortsetzen.

Geldpolitik bleibt expansiv

Nachdem im Dezember 1998 die Leitzinsen im Euroraum in einer konzertierten Aktion der Zentralbanken auf

das einheitliche Konvergenzniveau gesenkt worden waren, kam es im April zu einer erneuten Leitzinssenkung. Die EZB setzte ihren Hauptrefinanzierungssatz unerwartet deutlich herab, um einen halben Prozentpunkt auf 2,5 %. Zum Teil hatten die Märkte die Leitzinssenkung antizipiert. Während die kurzfristigen Zinsen, gemessen am 3-Monats-Euribor, zu Jahresbeginn noch bei etwa 3,2 % gelegen hatten, sanken sie bereits im Vorfeld der Leitzinssenkung unter 3 % und haben sich danach auf dem gegenwärtigen Niveau von rund 2,6 % stabilisiert (Abbildung 8). Damit befinden sich die kurzfristigen Zinsen in der EWU zur Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau. Sie liegen etwa 0,6 Prozentpunkte unter dem zu Jahres-

Abbildung 8



beginn und rund 1,2 Prozentpunkte niedriger als noch vor einem Jahr. Auch die kurzfristigen Realzinsen sind mit etwa 1,5 % im längerfristigen Vergleich sehr niedrig und haben sich gegenüber dem Jahresbeginn nochmals deutlich verringert.

Im Zuge gesunkener Inflationserwartungen, des Rückgangs der weltweiten realen Kapitalnachfrage sowie erheblicher Kapitalzuflüsse aus den Krisenregionen in die Länder der EWU waren auch die langfristigen Zinsen in der Euroregion in den vergangenen Jahren deutlich gefallen. Im Januar erreichte der gewichtete Durchschnitt der 10jährigen Kapitalmarktzinsen der EWU-Länder mit rund 3,8 % seinen bislang niedrigsten Wert. Im Laufe dieses Jahres ist er jedoch merklich gestiegen. Hierbei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß Kapital, das infolge der Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika in den Ländern der EWU einen sicheren Hafen angesteuert hatte, wieder abgezogen wurde. Hinzu kam der Sog der anziehenden Kapitalmarktzinsen in den USA. Insgesamt erhöhten sich die langfristigen Zinsen in der EWU auf 4 % %. Bedingt durch die Leitzinssenkung der EZB und die Divergenzen zwischen der Wachstumsdynamik und den Inflationserwartungen in der EWU und den USA konnten sich die Kapitalmarktzinsen allerdings zum Teil von der Entwicklung in den USA abkoppeln. Damit erhöhte sich die Spanne zwischen den Kapitalmarktzinsen in den USA und denen in der EWU seit Beginn dieses Jahres noch-

mals deutlich. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Abwertung des Euro.⁵

Mit dem Anstieg der Kapitalmarktzinsen hat sich in den vergangenen sechs Monaten die längerfristige Fremdfinanzierung der Unternehmen verteuert. Dennoch wirkt sich das aktuelle Zinsklima insgesamt betrachtet positiv auf die Investitionsneigung aus. Im längerfristigen Vergleich befinden sich die nominalen und die realen Kapitalmarktzinsen in der EWU trotz ihres jüngsten Anstiegs gegenwärtig noch auf niedrigem Niveau. Auch die positive Zinsdifferenz (langfristige minus kurzfristige Zinsen) hat sich in den vergangenen Monaten erheblich vergrößert. Nach etwa 0,6 Prozentpunkten zu Jahresbeginn liegt die Spanne zwischen dem gewichteten Durchschnitt der Renditen 10jähriger Staatspapiere und dem 3-Monats-Euribor gegenwärtig bei 2 Prozentpunkten. Hierin spiegeln sich auch die von dem monetären Sektor ausgehenden expansiven Impulse. Mit den dadurch erhöhten Opportunitätskosten der Geldhaltung hat sich der Anreiz vergrößert, kurzfristig gehaltene Gelder dem Kapitalmarkt zuzuführen. Diese Entwicklung wirkt tendenziell einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen entgegen.

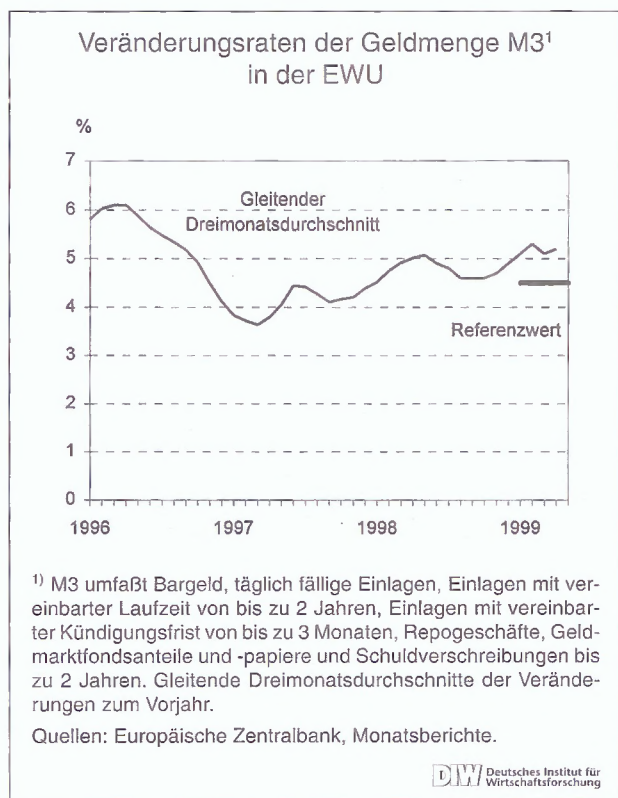
Die gleitenden Dreimonatsdurchschnitte der Wachstumsrate der Geldmenge M3 lagen in den vergangenen Monaten leicht über dem von der EZB festgelegten Referenzwert von 4,5 % (Abbildung 9). Zuletzt ist der gleitende Dreimonatsdurchschnitt der Wachstumsraten (März bis Mai) leicht auf 5,2 % gestiegen. Insgesamt betrachtet weist die Wachstumsrate der Geldmenge gleichwohl seit Jahresbeginn einen sinkenden Trend auf.

Unter Berücksichtigung der Zinslandschaft, der Geldmengenentwicklung sowie der Wechselkursentwicklung ist das aktuelle monetäre Umfeld gegenwärtig als expansiv zu beurteilen. Die Wirkung der ausgeprägt expansiven Ausrichtung der Geldpolitik wird allerdings durch den Einfluß der internationalen Kapitalmärkte auf die Kapitalmarktzinsen in der EWU etwas abgeschwächt.

Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) hat sich die Preisniveauentwicklung in der EWU zuletzt leicht beschleunigt (Abbildung 10). Die Zuwachsrates des HVPI gegenüber dem Vorjahreswert lag im Mai bei 1,0 %, nach 0,8 % im Februar. Dieser Anstieg ist maßgeblich auf die stark volatilen Index-Komponenten Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel zurückzuführen. Dagegen war die durch Bereinigung dieser Schwankungen approximierte Kerninflationsrate, die im April bei 1,2 % lag, weiterhin leicht rückläufig.

Für die nächste Zeit ist aufgrund sowohl außen- als auch binnenwirtschaftlich bedingter Kostensteigerungen mit etwas beschleunigten Preisen zu rechnen. In der EWU werden sich die Abwertung des Euro, die infolge der allmählich wieder stärkeren Weltkonjunktur anziehenden

Abbildung 9

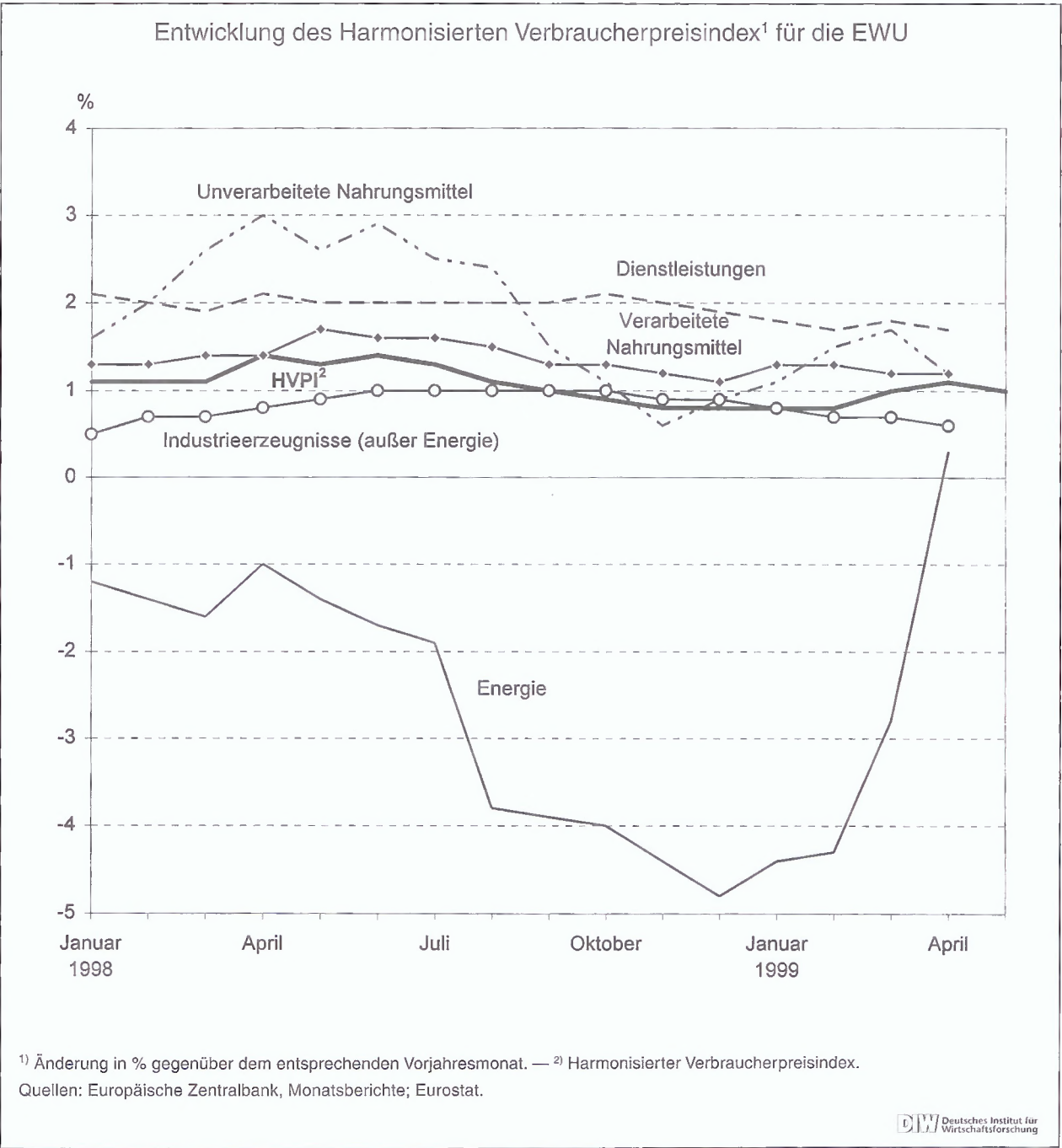


⁵ Vgl. den Abschnitt „Ist die Abwertung des Euro bedenklich?“

Rohstoffpreise sowie die etwas rascher steigenden Lohnstückkosten in den Erzeugerpreisen niederschlagen. Diese Entwicklung wird sich aufgrund des konjunkturbedingt größeren Überwälzungsspielraums im nächsten Jahr auch auf die Verbraucherpreise übertragen.

Allerdings wird die Preisentwicklung moderat bleiben. Da sich die Konjunktur nur allmählich erholt, ist zu erwarten, daß die EZB in diesem Jahr keine Zinserhöhungen vornehmen wird. Allenfalls im nächsten Jahr dürfte es zu einer Erhöhung der Leitzinsen kommen.

Abbildung 10



Deutschland: Nach Konjunkturschwäche erste Anzeichen für eine allmähliche Erholung

In Deutschland war im Sommer vorigen Jahres im Gefolge der Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika die zuvor rasche Expansion der Exporte abrupt abgebrochen. Die Verluste im Exportgeschäft hatten eine spürbare Eintrübung des Geschäftsklimas zur Folge. Beurteilung und Erwartungen verschlechterten sich; die Aufträge beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland sanken im Winterhalbjahr merklich (Abbildungen 11 bis 13).

In jüngster Zeit haben sich aber die Erwartungen der Unternehmer wieder aufgehellt, und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind — und dies sowohl aus dem Ausland wie aus dem Inland — wieder gestiegen. Hält diese Tendenz an, so ist bei den üblichen Vorlaufzeiten dieser Frühindikatoren zu erwarten, daß sich die Konjunktur im Herbst wieder festigen wird, zumal die monetären Rahmenbedingungen günstig sind. Dann werden auch jene Faktoren wieder an Bedeutung gewinnen, die zu einer äußerst dynamischen Ausfuhrentwicklung beigetragen hatten, bevor es zur Krise in Asien kam. Dazu gehört vor allem die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit günstige Lohnstückkostenentwicklung. Lieferungen in Länder außerhalb der EWU dürften sich besonders kräftig entwickeln, da sich mit der jüngsten Abwertung des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten außerhalb des Euroraumes wesentlich verbessert hat; dies wird sich gegen Ende des Jahres positiv bei der Ausfuhr bemerkbar machen.

Einkommensverbesserungen stützen privaten Konsum

Im bisherigen Jahresverlauf expandierte der private Verbrauch in realer Rechnung mit 1 % (Jahresrate) eher schwach, obwohl am Jahresbeginn die Kindergeldzahlungen erhöht, der Eingangssteuersatz gesenkt und die Medikamentenzuzahlungen der privaten Haushalte verringert worden waren. Ausschlaggebend war, daß die verfügbaren Einkommen wegen der Verzögerungen bei einigen Tarifabschlüssen nur schwach stiegen. Mit der „Ökologischen Steuerreform“ wurden zum 1. April die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt und die energiebezogenen Steuern erhöht. Dadurch ist die Belastung der privaten Haushalte per saldo etwas vergrößert worden.

Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Zunahme des privaten Konsums von der sich deutlich verbessernden Entwicklung der verfügbaren Einkommen geprägt. Vor allem die Zunahme der Arbeitnehmereinkommen wird sich infolge der kräftigeren Tariflohnanhebungen — durchschnittlich 3 % nach 2 % im Vorjahr — beschleunigen.

Aber auch die Renteneinkommen werden nach der Jahresmitte deutlich steigen: Der Anpassungssatz (Westdeutschland: 1,3 %, Ostdeutschland: 2,8 %) ist mehr als doppelt so hoch wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Insgesamt könnte sich der Zuwachs des realen privaten Verbrauchs 1999 auf 2,2 % belaufen; er wäre damit höher als 1998 (1,8 %).

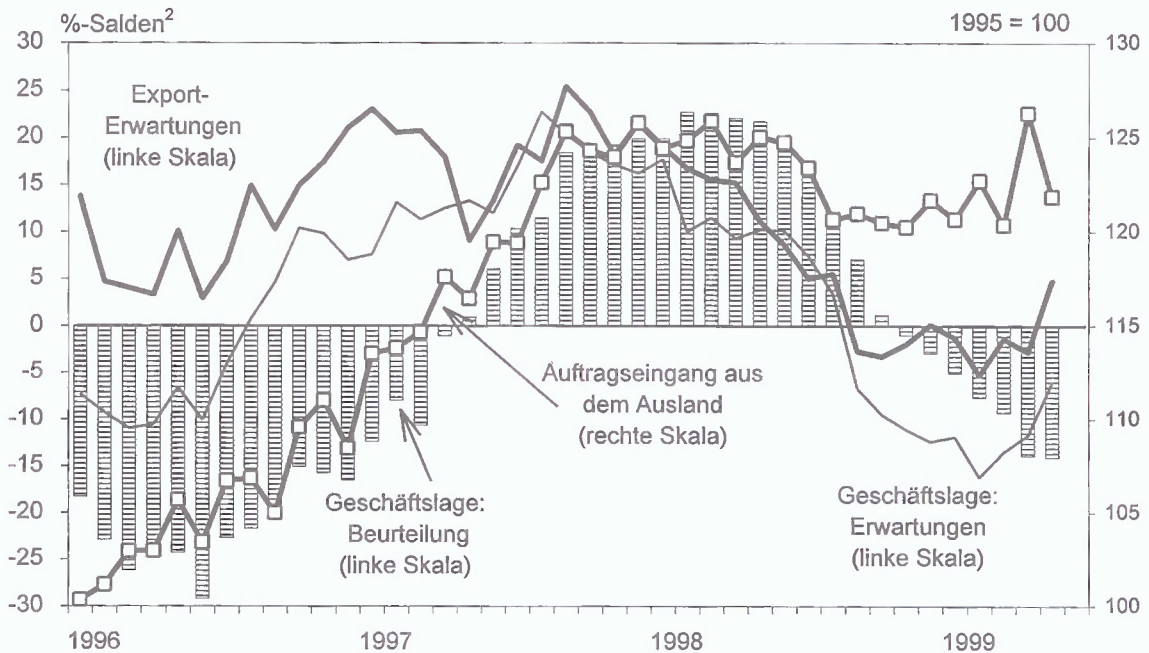
Im Verlauf des kommenden Jahres werden die verfügbaren Einkommen und damit auch der private Verbrauch weniger rasch zunehmen. Dabei spielt eine Rolle, daß wegen der längeren Laufzeiten bei einer Vielzahl von Tarifverträgen und niedrigeren Neuabschlüssen als in diesem Jahr der Zuwachs der Tarifverdienste geringer ausfallen dürfte. Allerdings werden im kommenden Jahr von den zusätzlichen Maßnahmen im Steuer- und Familienentlastungsgesetz per saldo leicht stimulierende Effekte auf den privaten Verbrauch ausgehen. Gedämpft würde die Entwicklung der verfügbaren Einkommen dagegen durch die geplante schwächere Anhebung (nur entsprechend der Inflation) der Renten. Da es auch im kommenden Jahr keine nennenswerte Beschleunigung der Inflation geben dürfte, wird die Kaufkraft der privaten Haushalte nur wenig geschwächt. Der reale private Konsum dürfte um knapp 2 % steigen.

Abschwächung bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten im letzten Jahr mit 10 % überdurchschnittlich. Bis zur Jahresmitte hatten sich das stabile Exportwachstum und die günstigen Gewinnaussichten positiv auf die Investitionen ausgewirkt.

Entscheidend für den danach einsetzenden Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern waren rückläufige Exporterwartungen. Geschäftsklima und -erwartungen hatten sich seit Jahresmitte eingetrübt, und die Auftrags-eingänge waren rückläufig. In geringerem Umfang waren auch Unklarheiten bezüglich der Ausgestaltung der Steuerreform von Bedeutung. Dies führte dazu, daß sich die Unsicherheiten über die Kalkulationsgrundlage von Investitionsobjekten erhöhten. Wegen der Abarbeitung hoher Auftragsbestände kam es aber erst nach der Jahreswende zu einem — wenn auch geringfügigen — Rückgang der Investitionen.

Die günstigen monetären Rahmenbedingungen und die sich wieder aufhellenden Exporterwartungen sprechen trotz bis zuletzt sinkender Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe dafür, daß es zu keinem scharfen In-

Auftragseingang, Export-Erwartungen und Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe¹

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, Westdeutschland, saisonbereinigt. — ²⁾ Saldo der positiven und negativen Meldungen in % aller Meldungen.

Quellen: ifo-Konjunkturtest; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

vestitionseinbruch kommen wird. Allerdings zeigen die vorlaufenden Indikatoren, Auftragseingänge und ifo-Konjunkturtest, daß die Investitionen erst im Herbst spürbar zunehmen werden.⁶ Dann aber sollten sich auch die monetären Impulse, die durch die Lockerung der Geldpolitik in diesem Frühjahr entstanden sind, in vollem Umfang bemerkbar machen. Die Unsicherheiten über die Steuerreform werden, nachdem die Unternehmensteuerreform konkrete Gestalt angenommen hat, nicht mehr bremsend wirken. Die steuerlichen Entlastungen und die Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten dürften aber weitgehend erst nach dem Jahre 2000 wirksam werden. Insgesamt werden die Investitionen nach den Schwächetendenzen in diesem Jahr im Verlauf des kommenden Jahres wieder stärker expandieren. Im Jahresdurchschnitt schlägt sich dies wegen des noch verhaltenen Tempos zum Ende des Jahres noch nicht entsprechend deutlich nieder. 1999 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen um 3,3 %, im Jahre 2000 um 4,2 % zunehmen.

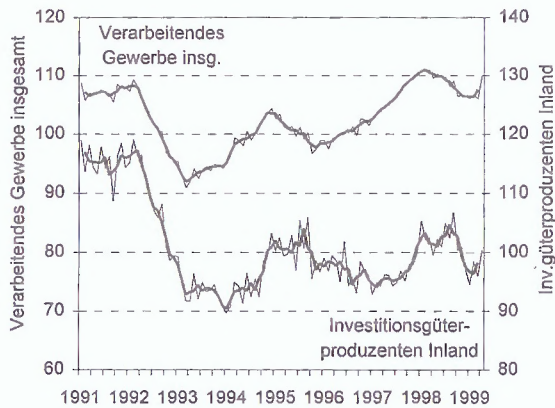
Mit der Einführung des ESVG 95 ist eine neue Investitionskategorie hinzugekommen: die „Sonstigen Anlagen“. Es handelt sich dabei um immaterielle Anlagegüter, vor allem erworbene sowie selbstgestellte Software und große Datenbanken.⁷ Dieser Posten ist im Vergleich zu den anderen Investitionsaggregaten klein, weist aber eine überdurchschnittliche Dynamik auf (8,8 % Wachstum im Zeitraum von 1991 bis 1998). Die konjunkturellen Schwankungen sind bei diesen Investitionen vergleichsweise gering. Für die Prognose wurde für 1999 und 2000 mit etwas weniger als 12 % ein hohes Wachstum unterstellt, da die Umstellung der EDV-Systeme für das Jahr 2000 vermutlich noch nicht abgeschlossen ist.

⁶ Siehe Jörg Döpke u. a. (1998): Indikatoren zur Prognose der Investitionen in Deutschland, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 906, sowie Ulrich Fritsche (1999): Vorläufigeigenschaften von ifo-Indikatoren für Westdeutschland, DIW Diskussionspapiere, Nr. 179.

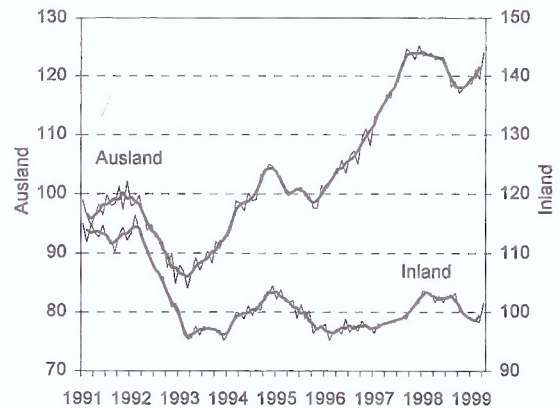
⁷ Siehe Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/99.

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

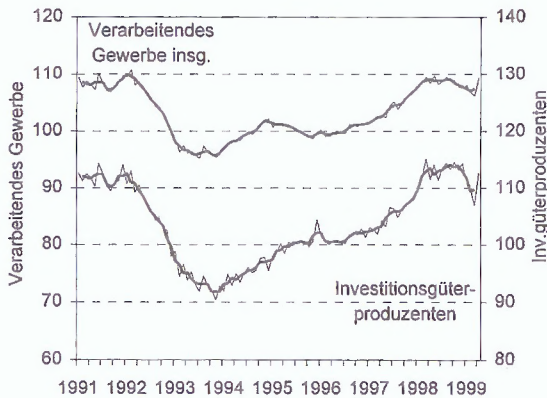
Auftragseingang¹
im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei
Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland
1995 = 100



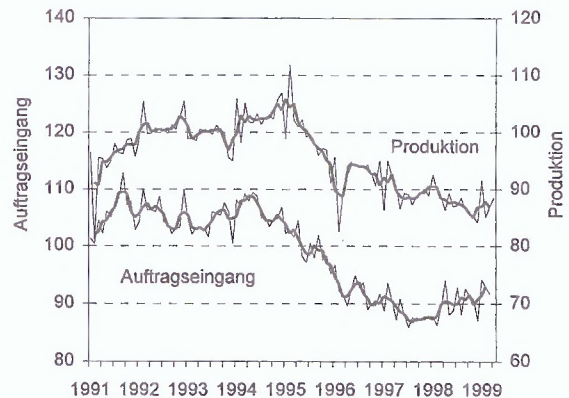
Auftragseingang¹
im verarbeitenden Gewerbe¹
aus dem Inland und Ausland
1995 = 100



Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten
1995 = 100



Auftragseingang und Produktionsindex
für das Bauhauptgewerbe¹
1995 = 100



¹⁾ Volumenindex; saison- und arbeitstägig bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

Bauinvestitionen gefestigt

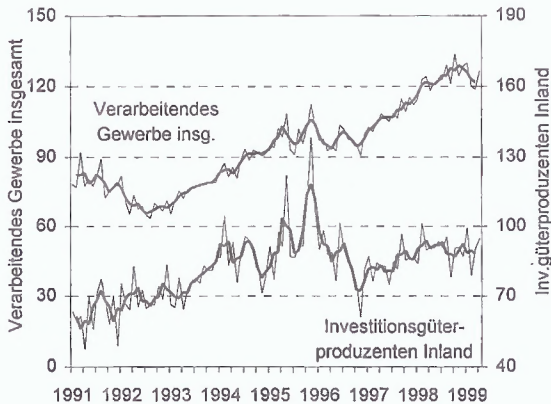
Nachdem sich im Verlauf des Jahres 1998 die rezessiven Tendenzen in der Bauwirtschaft fortgesetzt hatten, sind derzeit in einigen Bereichen positive Entwicklungen unverkennbar. Allerdings wird wegen des sehr milden Winters die Dynamik stark überzeichnet. In Westdeutschland wurde die Bauproduktion kräftig ausgeweitet, während sie im Osten stagnierte. In den neuen Bundesländern dürfte sich im weiteren Verlauf des Jahres wieder ein Rückgang der Bauinvestitionen einstellen; er wird aber schwächer

ausfallen als 1998, da die Baugenehmigungen und die Auftragseingänge nicht mehr so stark rückläufig sind. Allerdings gibt es immer noch zahlreiche Leerstände im gewerblichen und im Mietwohnungsbereich. Der Einfamilienhausbau weist inzwischen eine leicht aufwärtsgerichtete Tendenz auf. Stimulierende Effekte kommen in den alten Ländern vor allem vom Einfamilienhausbau sowie von den gewerblichen Bauten. Günstige Zinskonditionen und verbesserte Einkommensaussichten regen die Bauinvestitionen an. Die im Sparpaket der Bundesregierung angekündigte Senkung der Bemessungsgrundlage für die Gewähr-

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland

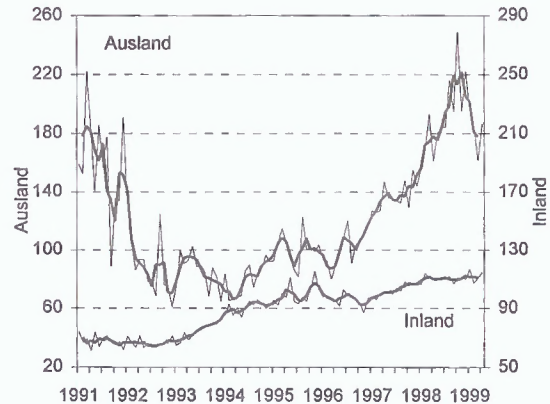
Auftragseingang¹
im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei
Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland

1995 = 100



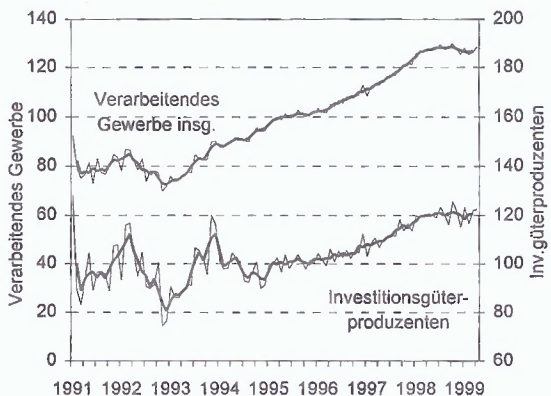
Auftragseingang¹
im verarbeitenden Gewerbe¹
aus dem Inland und Ausland

1995 = 100



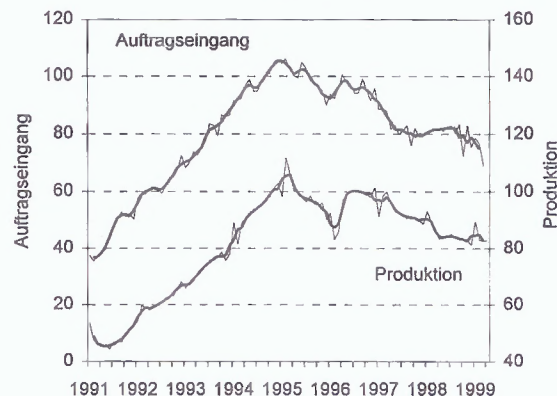
Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten

1995 = 100



Auftragseingang und Produktionsindex
für das Bauhauptgewerbe¹

1995 = 100



¹⁾ Volumenindex; saison- und arbeitstägig bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

zung der Eigenheimzulage wird allerdings im Jahre 2000 dämpfende Effekte auf den Eigenheimbau haben. Alles in allem wird es im kommenden Jahr zu einer — wenn auch schwachen — Ausweitung der Bauinvestitionen kommen.

Allmähliche Exportbelebung

Schneller als noch zum Jahresbeginn erwartet hat sich die Nachfragesituation auf dem Weltmarkt für die deutschen Exporteure verbessert. Der Exporteinbruch war nur

von kurzer Dauer, die Warenexporte (Spezialhandel) sind lediglich im zweiten Halbjahr 1998 (–6 % Jahresrate) abwärtsgerichtet gewesen, zuletzt haben sie bereits leicht zugenommen. Dabei spielte insbesondere eine Rolle, daß die negativen Effekte der Asienkrise gegen Jahresende 1998 abgeklungen waren; die Ausfuhren in die ostasiatischen Schwellenländer sowie nach Japan sind im ersten Quartal 1999 sogar wieder leicht gestiegen.

Die deutschen Exporte in die EU sind im ersten Quartal nicht mehr zurückgegangen, und die Lieferungen in die

Tabelle 8

Bauinvestitionen¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000
	Mrd. DM		
Wohnungsbau	266,8	268,1	269,9
Nichtwohnungsbau	197,6	198,1	199,2
Insgesamt	464,5	466,2	469,1
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr		
Wohnungsbau	-3,6	0,5	0,6
Nichtwohnungsbau	-4,1	0,2	0,6
Insgesamt	-3,8	0,4	0,6

¹⁾ Zu Preisen von 1995; in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).
Quellen: Statistisches Bundesamt; 1999 und 2000 Prognose des DIW.

NAFTA konnten bei dem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum in den USA nach der Jahreswende sogar ausgeweitet werden. Dagegen waren die Ausfuhren nach Südamerika im Winterhalbjahr deutlich abwärtsgerichtet (Tabelle 9). Auch die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Reformländer sind nach der Jahreswende weiter gesunken.

Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure, die durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar noch begünstigt wird, dürfte zu einem zügigen Anstieg der Exporte im zweiten Halbjahr 1999 führen.

Für das kommende Jahr ist ein weiterer Impuls von der zunehmenden Investitionstätigkeit in Westeuropa zu erwarten, die deutschen Exporteure dürften hier Marktanteile gewinnen.

Allerdings ist eine Fortsetzung der dynamischen Konjunktorentwicklung in den USA nicht zu erwarten. Die Expansion der Lieferungen dorthin dürfte — vor allem im Laufe des nächsten Jahres — deutlich zurückgehen. Die Schwächetendenzen in Südamerika sind noch nicht überwunden. Ein ernsthafteres Problem für den deutschen Außenhandel ist das Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik in Mittel- und Osteuropa; hier werden die Zuwachsraten der Vergangenheit nicht mehr zu erzielen sein. Alles in allem werden die Exporte im Jahre 2000, nach 1 % in diesem Jahr, um etwa 5,5 % steigen.

Arbeitslosigkeit bleibt hoch

Der Abbau der Arbeitslosigkeit war im vergangenen Jahr mit 160 000 Personen relativ kräftig. Die Arbeitslosenquote (nationales Konzept) sank von 10,9 % im Jahre 1997 auf 10,6 % und die Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) von 9,8 % auf 9,4 %. Dieses positive Ergebnis ist jedoch überwiegend auf die im Jahre 1998 vorübergehend spürbar gestiegene Beschäftigung im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Zahl der ABM-Kräfte war Ende 1998 mit über 500 000 etwa doppelt so hoch wie zu Jahresbeginn. Die Einschränkung der ABM nach der Jahreswende und die schwache konjunkturelle Entwicklung bewirkten, daß die Zahl der Beschäftigten zuletzt wieder rückläufig war. Die Zahl der Arbeitslosen — sie war vor allem wegen der milden Witterung in den ersten Monaten des Jahres noch gesunken — nahm zuletzt wieder zu, in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland.

Mit dem zu erwartenden weiteren Abbau von ABM-Kräften und der noch bis in den Herbst hinein schwachen kon-

Tabelle 9

Regionale Entwicklung der deutschen Ausfuhren (Spezialhandel)

Ländergruppe	1996	1997	1998	1. Qu. 1999	1996	1997	1998	1. Qu. 1999	1996	1997	1998	1. Qu. 1999
	Mrd. DM				Anteile in %				in % vom BIP			
Insgesamt	789	889	950	229	100,0	100,0	100,0	100,0	22,0	24,2	25,0	24,7
EU	454	494	535	133	57,5	55,6	56,3	58,1	12,7	13,4	14,1	14,3
EFTA ¹⁾	45	48	52	13	5,7	5,4	5,5	5,7	1,3	1,3	1,4	1,4
NAFTA ²⁾	68	89	103	25	8,6	10,0	10,8	9,2	1,9	2,4	2,7	2,7
Ostasien ³⁾	77	79	67	18	9,8	8,9	7,1	7,9	2,1	2,1	1,8	1,9
MOE ⁴⁾	61	78	88	18	7,7	8,8	9,3	7,8	1,7	2,1	2,3	1,9
Mercosur ⁵⁾	11	14	15	3	1,4	1,6	1,6	1,3	0,3	0,4	0,4	0,3
Übrige ⁶⁾	73	87	90	19	9,3	9,7	9,4	8,3	2,0	2,4	2,4	2,0

¹⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. — ²⁾ USA, Kanada, Mexiko. — ³⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. — ⁴⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Rußland, Ukraine, Weißrußland. — ⁵⁾ Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Bolivien und Chile (assoziiert). — ⁶⁾ Afrika, Australien und Ozeanien, restliche Länder in Asien und Lateinamerika.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 10

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,7	0,8	1,8	2,3	1,3	2,4
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	36 429	36 156	35 865	35 999	36 160	36 220
Arbeitslose (1000 Personen)	3 612	3 965	4 384	4 279	4 120	4 065
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	9,0	9,9	10,9	10,6	10,2	10,1
Erwerbslose ⁴⁾ (1000 Personen)	3 198	3 498	3 907	3 710	3 555	3 500
Erwerbslosenquote ⁵⁾ (in %)	8,1	8,8	9,8	9,4	9,0	8,8
Verbraucherpreise ⁶⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,7	1,4	1,9	0,9	0,6	0,8
Lohnstückkosten (Veränderung in % gegenü. Vorjahr)						
auf Basis von Arbeitnehmern bzw. Erwerbstätigen ⁷⁾	2,0	0,6	-1,1	-0,5	0,8	-0,4
auf Basis von Stunden ⁸⁾	1,3	0,4	-0,6	0,0	1,3	-1,1
Leistungsbilanzsaldo ⁹⁾ (Mrd. DM)	-27,2	-8,4	-2,4	-6,2	-5,9	5,1

¹⁾ Zu Preisen von 1995. — ²⁾ Im Inland (Jahresdurchschnitt der Quartale). — ³⁾ Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. — ⁴⁾ Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). — ⁵⁾ Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. — ⁶⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte — ⁷⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 je Erwerbstätigen). — ⁸⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt zu bezahlten Arbeitsstunden) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 zu Erwerbstätigenstunden). — ⁹⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank und Berechnungen des DIW; 1999 und 2000 Prognose des DIW.

junkturrellen Entwicklung wird die Zahl der Beschäftigten weiter leicht sinken; am Jahresende 1999 werden etwa 65 000 Personen weniger beschäftigt sein als am Jahresanfang. Für den Durchschnitt im Jahre 1999 bedeutet dies allerdings — wegen des Überhangs am Ende des Jahres 1998 — eine Zunahme um 0,4 %.

Im Gefolge der konjunkturellen Belebung im Jahre 2000 wird die Zahl der Erwerbstätigen steigen und am Jahresende um etwa 200 000 höher sein als Ende 1999. Wegen des statistischen Unterhangs wird dabei die Jahresveränderungsrate mit 0,2 % niedriger sein als 1999. Trotz einer demographisch bedingten Entlastung des Arbeitsmarktes durch verringerte Zuwanderung wird sich unter diesen Voraussetzungen die Zahl der Arbeitslosen kaum vermindern, die Arbeitslosenquote sinkt im Jahre 2000 nur geringfügig, um 0,1 Prozentpunkte auf 10,1 %. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird also nicht vorankommen.

Öffentliche Haushalte weiter auf Konsolidierungskurs

Die finanzpolitische Diskussion wird von den Auseinandersetzungen um die Unternehmensteuerreform und um das „Sparpaket“ des Bundes in Höhe von 30 Mrd. DM geprägt. Zu Einschnitten bei den Ausgaben in den nächsten Jahren sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, weil die vom Artikel 115 GG gezogene Verschuldungsgrenze durch die auf den Bundeshaushalt zukommenden Belastungen überschritten zu werden droht. So ist nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts der Familienausgleich neu zu regeln. Zudem sollen die Unternehmen stärker als ursprünglich geplant entlastet werden.

Tatsächlich ist es vor allem der Etat des Bundes, der hohe Defizite aufweist, und dies, obwohl in den vergangenen Jahren die finanzpolitischen Entscheidungsträger im-

Tabelle 11

Quartalsdaten¹⁾ zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1998 und 1999 (1. Quartal)

	1998				1999
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
	in 1 000 Personen				
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	31 827	31 869	31 978	32 071	32 110
Arbeitslose	4 433	4 346	4 214	4 121	4 084
	zu Preisen von 1995; Veränderung gegenüber Vorquartal in %, auf Jahresbasis hochgerechnet				
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²⁾	3,1	-1,2	5,2	2,5	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,6	0,5	-5,3	-4,3	8,8
Anlageinvestitionen	7,8	-11,5	7,4	3,0	3,7
Ausrüstungen ³⁾	16,0	5,5	13,5	10,9	0,5
Bauten	2,5	-23,0	3,0	-2,8	6,3
Letzte inländische Verwendung	5,5	-1,2	4,6	3,5	-1,3
Exporte	5,9	8,6	-7,0	-5,2	-0,1
Importe	8,6	11,1	-2,0	1,9	-3,5
Bruttoinlandsprodukt	4,8	-1,6	3,0	1,4	-0,4

¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). — ²⁾ Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Einschl. „Sonstige Anlagen“.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

mer wieder mit Ausgabekürzungen auf die Einnahmeausfälle reagiert hatten, die infolge der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der umfangreichen Steuervergünstigungen eingetreten waren. Wenn 1997 und 1998 das Defizit des Bundes um immerhin 22 auf 57 Mrd. DM verringert werden konnte, so ist dies allerdings auch auf die Privatisierungserlöse zurückzuführen. Hinzu kommt, daß der Bund seine finanziellen Nöte in Form verringerter Schuldendiensthilfen an die Sondervermögen gemildert hat. Dennoch wiesen die Sondervermögen wie auch die Sozialversicherungsträger und erstmals die Gemeinden Finanzierungüberschüsse auf. Auch die Länder bauten ihre Fehlbeträge kräftig ab. Insgesamt belief sich 1998 das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts — in finanzstatistischer Abgrenzung⁸ — auf 47 Mrd. DM, nachdem es 1996 noch 110 Mrd. DM gewesen waren. Auch ohne die Vermögensveräußerungen wäre das gesamtstaatliche Defizit also kräftig abgebaut worden.

Für dieses Jahr kann bei Bund, Ländern und Gemeinden mit einem weiteren Rückgang der Fehlbeträge — um etwa 10 Mrd. DM — gerechnet werden. Aus heutiger Sicht könnte das Defizit im Bundeshaushalt sogar stärker als geplant — um 3 Mrd. DM — zurückgehen, weil die Steuereinnahmen sich etwas günstiger als erwartet entwickeln. Zwar muß der Bund die bei den Postunterstützungskassen aufgelaufenen Fehlbeträge in Höhe von 8 Mrd.

DM ausgleichen, doch stehen diesen Mehrbelastungen auch entsprechende Mehreinnahmen aus Dividenden und Privatisierungserlösen der Post und der Telekom gegenüber. Die Länder setzten ihren Konsolidierungskurs fort, und die Gemeinden dürften erneut Überschüsse erzielen, wobei sich wegen ihrer verbesserten Finanzlage endlich Spielraum für höhere Investitionsausgaben eröffnet. Hingegen wird der Finanzierungsüberschuß der Sondervermögen des Bundes sinken, weil nicht mit ähnlich hohen Ausschüttungen der Bundesbank wie im Vorjahr gerechnet werden kann; sie werden zur Schuldentilgung eingesetzt.

Ein nicht unerheblicher Teil des Sparpakets zielt darauf, Lasten vom Bundeshaushalt auf die Sozialversicherungsträger und die Gemeinden abzuwälzen (Tabelle 12). So sollen die Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 8 Mrd. DM gegenüber den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung gesenkt werden. Die vorübergehende Abkoppelung der Renten von der Nettolohnentwicklung sowie die Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung ziehen zugleich einen niedrigeren Bundeszuschuß nach sich. Die Zuständigkeit für das pau-

⁸ Infolge der Umstellung der VGR auf das neue System konnte das Staatskonto noch nicht berechnet werden, so daß für die Analyse auf die Haushaltsrechnungen zurückgegriffen wurde.

schalierte Wohngeld, das Sozialhilfeempfängern zusteht, soll auf die Länder und Kommunen verlagert werden. Darüber hinaus ist geplant, Subventionen und Steuervergünstigungen abzubauen: Der Wertzuwachs bei Neuverträgen für kapitalbildende Lebensversicherungen soll künftig besteuert werden, und Mittel für den Wohnungsbau, Vergünstigungen für die Landwirtschaft, Hilfen für die Eigenkapitalbildung, Zinszuschüsse an den Lastenausgleich und das ERP-Sondervermögen ebenso wie Zuschüsse für die Airbus-Absatzfinanzierung sollen gestrichen werden.

Der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts, den Familienleistungsausgleich zu reformieren, soll in zwei Schritten nachgekommen werden. Im kommenden Jahr wird das monatliche Kindergeld um 20 DM auf 270 DM angehoben und ein steuerlicher Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren von 3 024 DM eingeführt. Weitere Verbesserungen sind für 2002 ins Auge gefaßt.

Alles in allem hofft der Bund, seine Ausgaben im nächsten Jahr um 1,5 % senken zu können. Aber auch die Einnahmen werden wegen der stark rückläufigen Privatisierungserlöse zurückgehen, so daß der Haushaltsfehlbetrag auf knapp 50 Mrd. DM — nur 4 Mrd. DM weniger als in diesem Jahr — veranschlagt wird. Die Länder werden ihr Ziel weiterverfolgen, die Defizite zurückzuführen. Dies dürfte ihnen gelingen, obwohl der Bund seine Wohngeldzuschüsse an die Sozialhilfeempfänger auf die Länder (und deren Gemeinden) abwälzen wird. Hingegen wird es den Gemeinden schwer fallen, abermals Überschüsse zu erzielen; so werden sie höhere Lasten bei der Sozialhilfe nicht nur wegen der Abschaffung des pauschalierten Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger, sondern auch deshalb tragen müssen, weil der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe führen wird. Hinzu kommt, daß die Kommunen einen Beitrag zum Familienlastenausgleich leisten müssen, obwohl dies eine zentralstaatliche Aufgabe ist. Darüber hinaus sollen sie am Unterhaltsvorschuß bei säumigen Zahlern von Unterhaltsgeld beteiligt werden. Diese Mehrbelastungen werden zu Lasten der Investitionstätigkeit der Kommunen gehen.

Wirtschaftspolitische Empfehlungen

Ist die Wachstumsschwäche strukturell bedingt?

Die seit Ende vergangenen Jahres schwache konjunkturelle Entwicklung wird vielfach auch als Ausdruck der strukturellen Probleme Deutschlands angesehen, die nach wie vor einer Lösung harren. Angeführt wird dabei, daß Deutschland im europäischen Vergleich neben Italien eine besonders ausgeprägte Abschwächung erfahren hat. Selbst die niedrigere Bewertung des Euro an den Devisenmärkten wird als Beleg für mangelndes Vertrauen

Tabelle 12

Finanzielle Auswirkungen der steuerlichen Maßnahmen in den Jahren 1999 und 2000

Entlastungen(-) bzw. Belastungen (+) in Mrd. DM

	1999	2000
Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002	0,0	-2,1
Kindergelderhöhung ¹⁾	-6,4	-5,8
Tarifliche Änderungen ²⁾	-3,7	-18,9
Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen	10,1	22,6
Ökologische Steuerreform ³⁾	8,4	17,4
Senkung der Rentenversicherungsbeiträge ⁴⁾	-9,3	-17,4
Familienentlastungsgesetz 2000	-	-5,5
Kindergelderhöhung ⁵⁾	-	-3,8
Betreuungsfreibetrag für Kinder ⁶⁾	-	-1,7
Steuerliche Maßnahmen insgesamt	-0,8	-7,6

¹⁾ Erhöhung des Kindergeldes für das 1. und 2. Kind von 220 auf 250 DM. — ²⁾ 1999: Senkung des Eingangssteuersatzes auf 23,9 %; Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 45 %; Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne auf 40 %. 2000: Anhebung des Grundfreibetrages auf 13 500 DM; Senkung des Spitzensteuersatzes auf 51 %; Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 43 %. — ³⁾ Nach dem Einstieg in die ökologische Steuerreform zum 1. April 1999 ist für das Jahr 2000 eine 2. Stufe geplant: Erhöhung der Mineralölsteuer um 6 Pfg. je Liter und 0,5 Pfg. je kWh Erhöhung des Stroms. — ⁴⁾ Es zeichnet sich ab, daß die Bundesregierung die Mehreinnahmen der 2. Stufe der Öko-Steuerreform (5,1 Mrd. DM) nicht voll zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge einsetzen wird. — ⁵⁾ Erhöhung des Kindergeldes für das 1. und 2. Kind von 250 auf 270 DM. — ⁶⁾ Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren in Höhe von 3 024 DM je Kind.

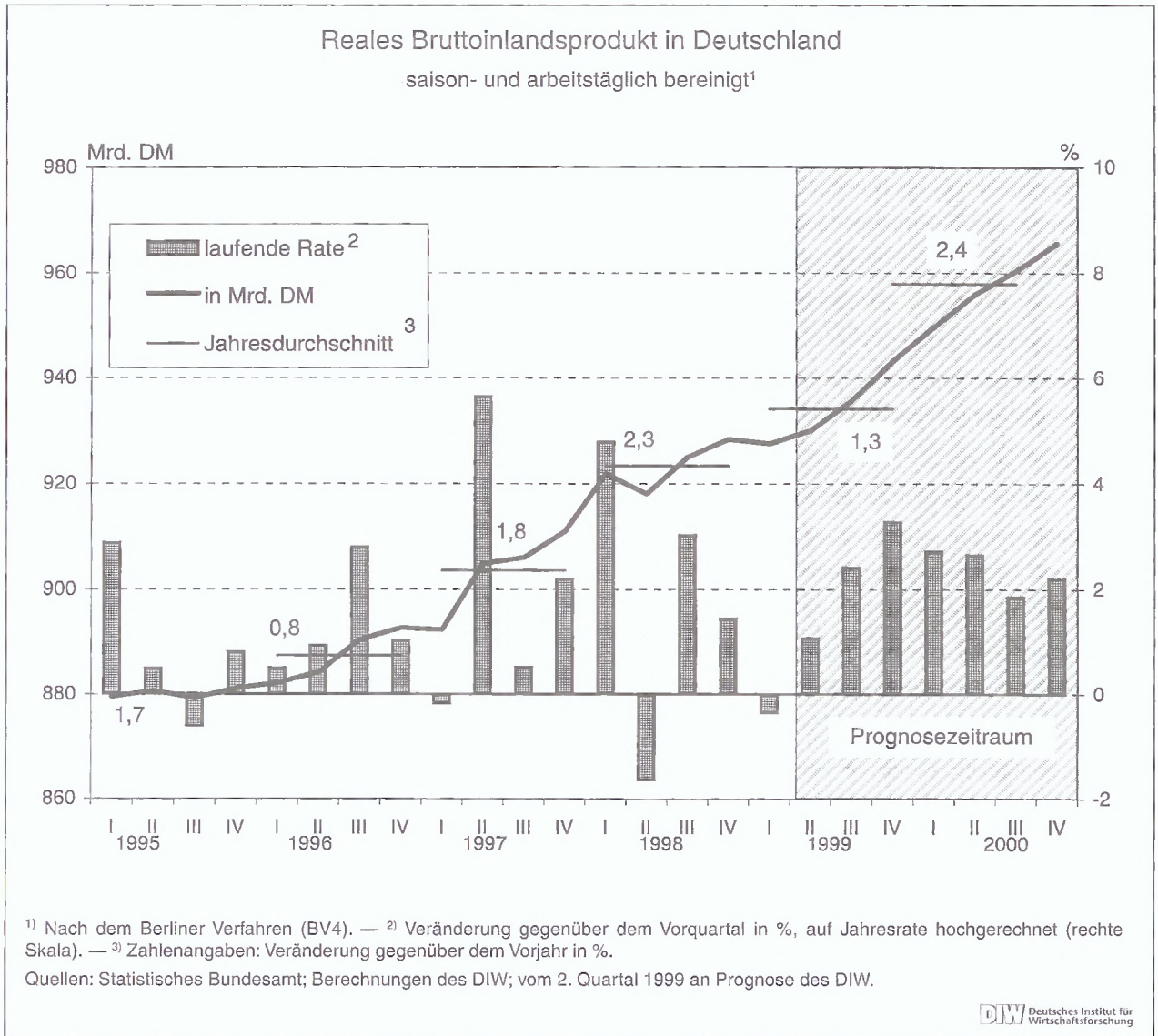
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

in die deutsche Wirtschaftskraft gewertet. Dabei ist die Behauptung einer strukturellen Krise in Deutschland keinesfalls neu: Noch in jeder Abschwächung wurde sie aufgestellt.

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Entwicklung alles andere als befriedigend. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor unerträglich hoch, das Wachstum zu niedrig, um nachhaltige Beschäftigungseffekte auszulösen, und ein anhaltender Konjunkturaufschwung will seit Mitte der neunziger Jahre nicht gelingen. Die Fakten sind allgemein akzeptiert, strittig ist aber die Antwort auf die Frage, ob die mißliche Lage überwiegend das Resultat von Wachstum behindernden strukturellen Verwerfungen oder Folge stabilitätspolitischer Fehler ist.

Als Beleg für strukturelle Verwerfungen wird häufig auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit verwiesen, die, weil lange andauernd, zumeist als im wesentlichen strukturell und damit als von konjunkturellen Entwicklungen nicht beeinflussbar interpretiert wird. Allerdings kann auch per-

Abbildung 14



sistente Arbeitslosigkeit das Ergebnis konjunktureller Störungen sein, die zunächst zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Wird die Konjunkturkrise nicht schnell oder nicht kräftig genug überwunden, bleiben viele arbeitslos und verlieren an Qualifikation; die zunächst konjunkturelle Arbeitslosigkeit verfestigt sich zunehmend und wird strukturell. Mithin verschwimmen im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit die Begriffe „konjunkturell“ und „strukturell“.

Für eine genauere Analyse sind daher andere Kriterien als nur die Arbeitslosigkeit heranzuziehen. Um zu wirklich geeigneten Kriterien zu kommen, muß der Blick auf den Arbeitsmarkt insgesamt gerichtet werden. Kern der Debatte ist eigentlich, ob sich in Deutschland gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Lage zu hohe Lohnabschlüsse ergeben haben.

Nimmt man als Referenzland die USA, die nach allgemeiner Auffassung im Grunde das einzige große Industrieland mit einer nachhaltigen Ausdehnung des Beschäftigungsvolumens sind, ergibt sich im Hinblick auf die Lohnentwicklung ein interessanter Befund.⁹ So waren die Nominallohnsteigerungen je Stunde, die letztlich das Ergebnis der Lohnvereinbarungen sind, in den USA und Deutschland mit knapp 4 % in den vergangenen 17 Jahren — für diesen Zeitraum liegen vergleichbare Daten vor — ähnlich hoch. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit 1982 in den USA sogar noch höher als in Deutschland war. Gleichwohl lagen die Reallohnzuwäch-

⁹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/97.

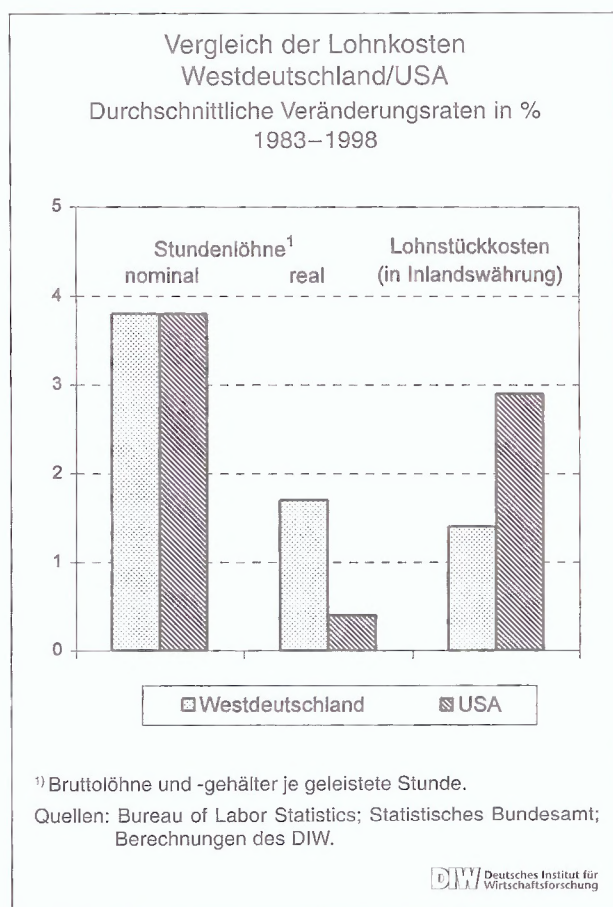
se in Deutschland deutlich über denen in den USA. Setzt man die Nominallohnsteigerung allerdings in Beziehung zum Produktivitätszuwachs, errechnet also die Veränderungsrate der Lohnstückkosten, zeigt sich, daß in inländischer Währung wegen der erheblich stärkeren Produktivitätszuwächse in Deutschland die Lohnstückkosten in Deutschland schwächer gestiegen sind als in den USA (Abbildung 15).¹⁰

Zumeist werden die hohen Reallohnzuwächse in Deutschland als Ausweis eines hohen Lohndrucks interpretiert und die hohen Produktivitätszunahmen zugleich als Reaktion der Unternehmen auf die überhöhten Reallohnsteigerungen gewertet, die sie durch eine Kostensenkung via Rationalisierung auszugleichen suchen. Insofern wären überhöhte Reallohnsteigerungen und überhöhte Produktivitätssteigerungen zwei Seiten der Medaille „Strukturprobleme am Arbeitsmarkt“. Im Ergebnis würde die Beschäftigungsentwicklung beeinträchtigt.

Eine solche weit verbreitete Sichtweise vernachlässigt aber wesentliche Aspekte der Wechselwirkungen zwischen Produktivitätsentwicklung auf der einen Seite und Lohn- und Preisbildung auf der anderen Seite. Der Kern der Auseinandersetzung besteht in der unterschiedlichen Einschätzung der Reaktionsweisen von Unternehmen auf Nominallohnsteigerungen.

Zumeist wird zwar unterstellt, daß Inflationserwartungen den Ausgang von Lohnverhandlungen beeinflussen. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber haben demnach die Reallohnentwicklung im Blick, wenn sie sich auf Nominallohnzuwächse einigen. Nicht beachtet wird jedoch häufig, daß der Nominallohnabschluß selbst ein wesentlicher Faktor der Inflationsentwicklung ist, weil die Unternehmen in der Folge mit Preisanpassungen reagieren. Niedrigere Nominallohnabschlüsse führen somit zu einer gedämpften Inflationsentwicklung. In einem Umfeld unvollständiger Konkurrenz ist die Inflationsentwicklung nicht unabhängig von der Nominallohnentwicklung. Die normale Reaktion der Unternehmen ist es zu versuchen, die Lohnkostensteigerung auf die Preise zu überwälzen. Ob das erfolgreich ist, hängt nicht zuletzt von der geldpolitischen Ausrichtung der Zentralbank ab. Soweit dies nicht gelingt, werden die Unternehmen ihre Rationalisierungsbemühungen verstärken. Allerdings zeigen empirische Untersuchungen, daß lohnkosteninduzierte Produktivitätssteigerungen eher von untergeordneter Bedeutung sind.¹¹ In Deutschland gibt es vielmehr Evidenz dafür, daß die Reallohnsteigerungen überwiegend den Produktivitätszuwächsen folgen. Die Entwicklung der Reallöhne ergibt sich damit aus dem Zusammenwirken von Produktivitätsentwicklungen und Preisüberwälzungsspielräumen. Die höheren Reallöhne in Deutschland sind damit nicht nur das — im Hinblick auf die Beschäftigungswirkung negativ zu bewertende — Produkt zu hoher Nominallohnabschlüsse, sondern das positiv einzuschätzende Ergebnis hoher Produktivitätszuwächse.

Abbildung 15



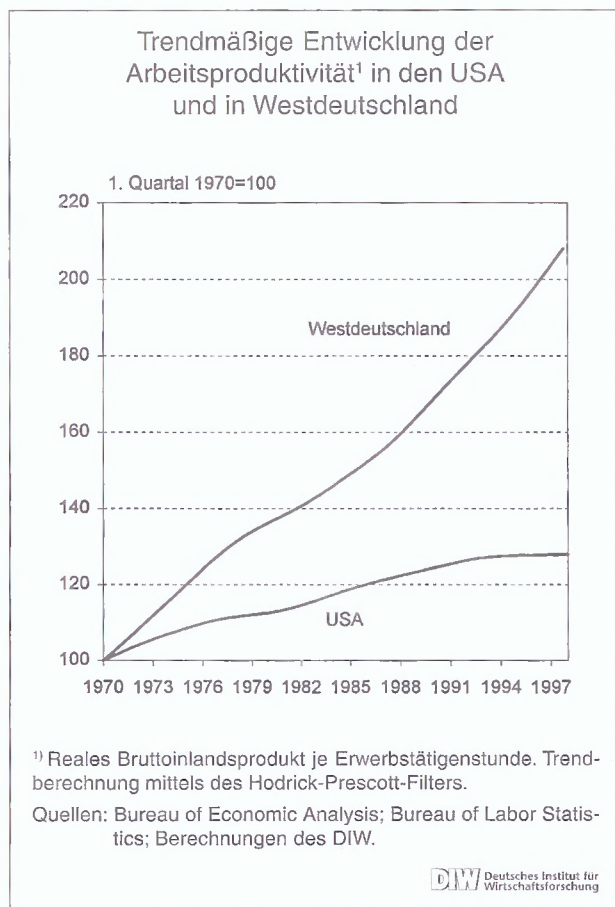
Der Trend der Produktivitätsentwicklung ist in Deutschland seit Anfang der 80er Jahre stabil. Schon aus diesem Grund ist das Argument übersteigerter Rationalisierungsanstrengungen als Folge einer überhöhten Reallohnentwicklung zweifelhaft (Abbildung 16).

Die Zusammenhänge zwischen Löhnen und Produktivitätsentwicklung lassen sich am deutlichsten in der Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten abbilden, die aufzeigen, welche Impulse von Löhnen und Produktivität auf die Produktionskosten ausgehen. Hier zeigt sich, daß die Lohnstückkosten in Deutschland in den vergangenen 17 Jahren deutlich weniger stark gestiegen sind als in den USA.¹² Das bedeutet, daß die deutschen Unternehmen im Vergleich zu den USA eine erheblich geringere Kostensteigerung erfahren haben. In den vergangenen drei Jahren waren die Lohnstückkosten in Deutschland sogar rückläufig, eine für ein großes Industrieland ungewöhnlich.

¹⁰ Vgl. Beschäftigungswachstum in den USA — ein erklärbares Wunder. Bearb.: Gustav A. Horn. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/98.

¹¹ Vgl. Beschäftigungswachstum in den USA — ein erklärbares Wunder, a.a.O.

¹² Diese Ergebnisse sind in Inlandswährung gerechnet, um die Effekte von Wechselkursschwankungen auszuschließen.



che Konstellation, die in den USA in den vergangenen 30 Jahren niemals zu beobachten war. Deutschland zeichnet sich also gerade in jüngster Zeit durch eine besonders ausgeprägte Lohnzurückhaltung aus.

Diese Überlegungen erklären, daß Deutschland trotz seiner hohen Reallohnzuwächse keine außenwirtschaftlichen Wettbewerbsprobleme hat. Auch dies ist ein Unterschied zwischen Deutschland und den USA. Während Deutschland beträchtliche Überschüsse in der Handelsbilanz aufweist und die Leistungsbilanz etwa ausgeglichen ist, zeigen die Bilanzen in den USA erhebliche Fehlbeträge.

Nimmt man dies zusammen, erweist sich die Aussage, daß die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung vor allem das Ergebnis struktureller Probleme am Arbeitsmarkt ist, als wenig fundiert. Umgekehrt spricht vieles dafür, daß das geringe Wachstum und die mißliche Beschäftigungslage mit der Ausrichtung der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik erklärt werden können. Gerade das vergangene Jahr war in dieser Hinsicht im schlechten Sinne beispielhaft. Trotz des sich zur Jahresmitte als Folge der Währungskrisen rapide verschlechternden Geschäftsklimas, reagierte weder die Finanzpoli-

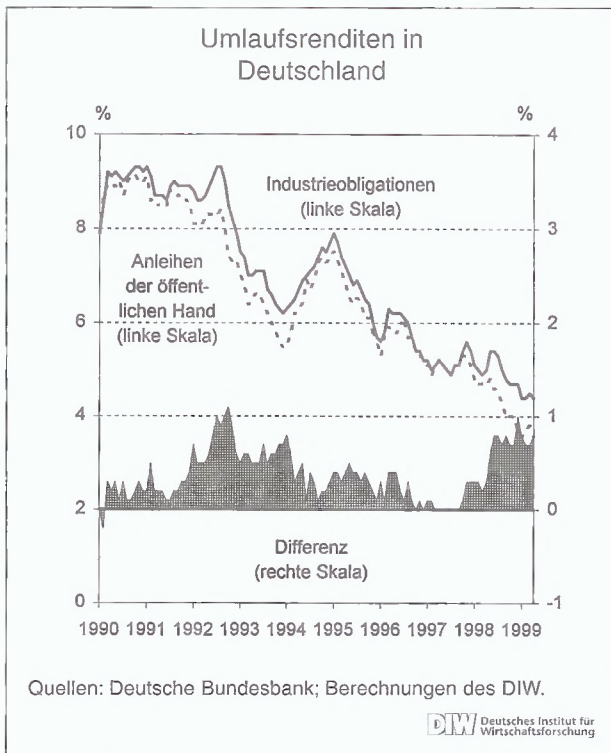
tik in Deutschland noch die schon an europäischen Maßstäben orientierte Geldpolitik. Insofern nahm die unvermeidbare außenwirtschaftliche Abschwächung ihren Lauf, ohne daß sie durch eine binnenwirtschaftliche Expansion kompensiert wurde. Erst als die realwirtschaftlichen Konsequenzen bereits spürbar wurden, senkte die EZB die Leitzinsen. Dies war zwar richtig, aber zu spät. Auf drohende Inflationsgefahren wurde bisher immer wesentlich rascher reagiert.

Die Finanzpolitik hat den negativen Nachfrageschock faktisch nicht zur Kenntnis genommen. Beherrschend für ihre Maßnahmen waren und sind Konsolidierungsanstrengungen und eine Steuerreform, die nicht zu auch konjunkturell wünschenswerten spürbaren Entlastungen geführt hat.

Die konjunkturelle Abschwächung war auf den Kapitalmärkten frühzeitig zu erkennen, wie aus einem Vergleich der Umlaufrenditen für Emissionen der öffentlichen Hand und von Industrieobligationen zu ersehen ist. Der Unterschied spiegelt die höheren Risiken für die Industrie im Vergleich zur nahezu risikolosen Anlage in Staatsanleihen wider. Bis zum Frühjahr 1998 wurde diese Unsicherheit offensichtlich sehr gering eingeschätzt, wobei der seinerzeit kräftige Aufschwung eine Rolle gespielt haben dürfte. Im Mai vergangenen Jahres änderte sich dies. Nunmehr stieg die Umlaufrendite für Industrieobligationen entgegen dem allgemeinen Trend; im späteren Verlauf des Jahres vollzog sie den Rückgang der Kapitalmarktzinsen nur zögerlich nach. Offenkundig wurden seither die Risiken für Industrieunternehmen, die ja besonders stark exportorientiert sind, auf den Kapitalmärkten deutlich höher eingeschätzt. Auf diese veränderte Einschätzung hätte die Wirtschaftspolitik frühzeitig reagieren müssen (Abbildung 17).

All dies ist sehr mißlich für Deutschland, das aufgrund seiner Handelsverflechtungen und seiner Exportstruktur besonders stark von dem Rückgang der Auslandsnachfrage betroffen sein mußte. Zum einen hatte Deutschland engere Handelsbeziehungen zu den Krisenländern als die meisten anderen europäischen Staaten, und zum zweiten ist der Export Deutschlands sehr stark auf die Investitionsgüternachfrage ausgerichtet, die bei einer konjunkturellen Abschwächung rasch reagiert. Da zudem der Aufschwung aufgrund der lohnpolitischen Strategie einseitig auf Exporterfolge zielte, mußte das Abbrechen der Exportdynamik das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland spürbar beeinträchtigen (Abbildung 18); der konjunkturelle Rückschlag war unvermeidlich geworden, auch weil ein binnenwirtschaftliches Gegensteuern ausblieb. Das auch im europäischen Vergleich niedrige Wachstum in Deutschland ist somit nicht Folge von Strukturproblemen, sondern von falscher Konjunkturpolitik. Im Jahre 1999 wird Deutschland einer Lösung seiner Beschäftigungsprobleme nicht näher kommen, für die Arbeitslosen wird es ein verlorenes Jahr sein.

Abbildung 17

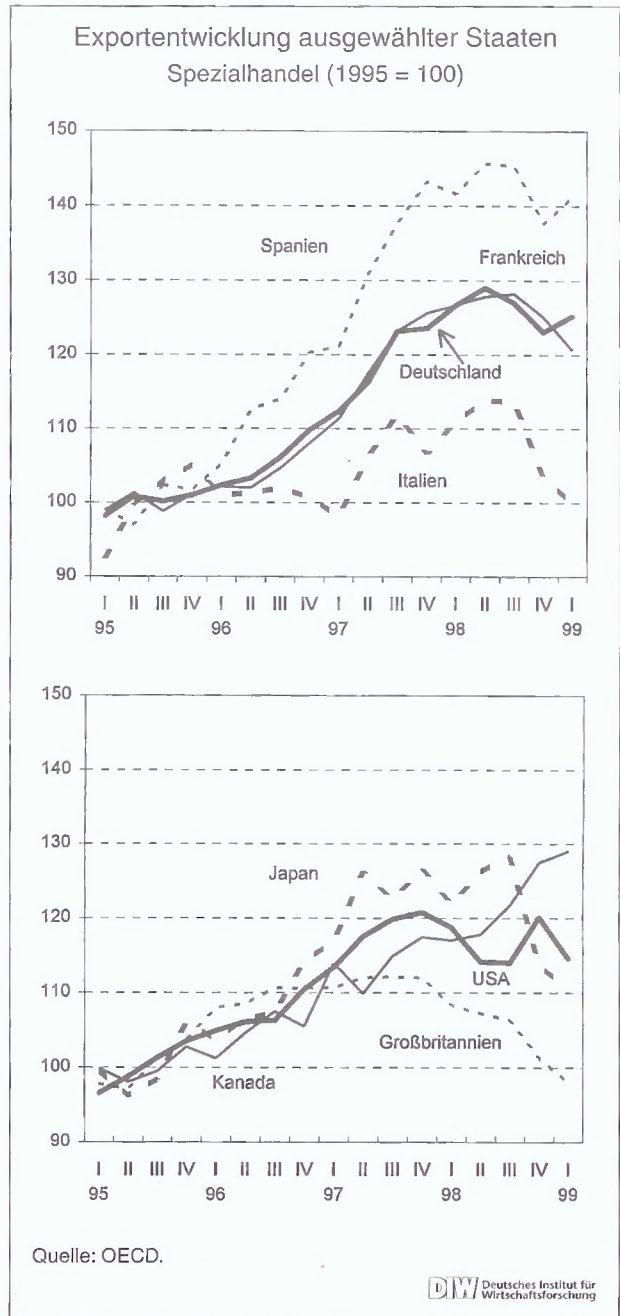


Der Weg Deutschlands aus der Beschäftigungsmisere müßte daher an der Ausrichtung der Stabilisierungspolitik ansetzen. Hiervon ist allenfalls in Ansätzen bei der EZB etwas zu spüren. Die jüngsten wirtschaftspolitischen Diskussionen in Deutschland gehen eher in Richtung auf strukturelle Veränderungen der sozialen Sicherung und des Steuersystems. Es soll nicht bestritten werden, daß eine Verbesserung der Anreizstruktur bei der Lösung der Finanzprobleme der sozialen Sicherungssysteme hilfreich ist. Auch ist es sinnvoll, sich der besonderen Beschäftigungs- und Einkommensprobleme von gering Qualifizierten zu widmen. Es sei allerdings vor der Illusion gewarnt, hierin läge die grundsätzliche Lösung der Beschäftigungsmisere.

Lohnpolitik sollte Kurs halten

Die Lohnpolitik hat am Beginn dieses Jahres einen Kurswechsel vollzogen. Nach Jahren ausgeprägter Lohnzurückhaltung gab es nunmehr erstmals wieder Lohnabschlüsse, die sich an der trendmäßigen Produktivitätsentwicklung orientierten. Ein wesentliches Element waren längere Laufzeiten und sogenannte Einmalzahlungen, die nicht Bestandteil des Tariflohns sind, sondern gleichsam an den wirtschaftlichen Erfolg einer Branche gekoppelt sind. Damit wurde ein nicht ganz neues Element der Flexibilität im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung in die Tarifabschlüsse eingeführt. Insgesamt

Abbildung 18



dürften 1999 die Tarifverdienste um 2¼ % und 2000 um 2¼ % steigen.

Eine solche Lohnentwicklung führt in diesem Jahr bei der Prognose für das Bruttoinlandsprodukt erstmals seit 1996 wieder zu einem Anstieg der Lohnstückkosten, und zwar um etwa 1 %. Ein solcher Wert ist mit dem von der EZB definierten Ziel für die Preisstabilität ohne Probleme vereinbar. Zudem wird auch die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den übrigen EWU-Ländern gewahrt, denn der Anstieg der Lohnstückkosten in der EWU dürfte mit etwa

1,2 % leicht höher sein. Für das kommende Jahr ist mit der sich abzeichnenden konjunkturellen Belebung, den etwas längeren Laufzeiten der Tarifvereinbarungen und dem Wegfall der Einmalzahlungen wieder ein leichter Rückgang der Lohnstückkosten wahrscheinlich. Damit wird die Preisentwicklung wieder gedämpft, zugleich könnte der weitere Ausbau der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen EWU-Ländern allmählich zu beträchtlichen innereuropäischen Handelsdefiziten gegenüber Deutschland führen. Dann aber sind interne Spannungen in der EWU nicht auszuschließen; ein Lohnsenkungswettlauf, bei dem niemand gewinnen kann, wird wahrscheinlicher.

Vorzuziehen wäre es, wenn ein Konsens zwischen den Tarifparteien erzielt werden könnte, die Lohnanhebungen an der trendmäßigen Produktivitätsentwicklung auszurichten. Dies würde die für eine nachhaltige Expansion des privaten Verbrauchs dringend erforderliche Einkommenssteigerung ermöglichen und zugleich sowohl die binnenwirtschaftliche als auch die außenwirtschaftliche Stabilität wahren.

Finanzpolitik

Der Konsolidierungskurs, der in den vergangenen Jahren trotz widriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und umfangreicher Einnahmehinfortfalle als Folge der Steuervergünstigungen für den „Aufbau Ost“ verfolgt worden ist, soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Bis zum Jahre 2003 wird ein ausgeglichener Bundeshaushalt angestrebt. Abgesehen davon, daß der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt für die gesamtsstaatliche Ebene mittelfristig einen solchen Ausgleich fordert, begründet die Bundesregierung ihren Kurs damit, daß sie zum einen sich wieder finanzpolitischen Spielraum verschaffen wolle, zum anderen künftige Generationen in geringerem Umfang als bisher durch Staatsschulden belastet werden sollten.

Tatsächlich hat der gewaltige Anstieg der Staatsschulden im letzten Jahrzehnt — Ende 1990 waren die öffentlichen Haushalte mit 1 049 Mrd. DM, Ende 1998 mit 2 257 Mrd. DM verschuldet — zu erheblichen Zinsbelastungen geführt. Während 1990 erst 11 % der Steuereinnahmen für den Zinsdienst aufgewendet werden mußten, waren es 1998 bereits 17 %. Auch das Argument der Belastung künftiger Generationen sticht auf den ersten Blick. Grundsätzlich sollte dabei nicht außer acht bleiben, daß mit den gestiegenen Staatsschulden auch der Wert des staatlichen Anlagevermögens gewachsen ist,¹³ künftige Generationen dieses Vermögen nutzen können und die Zinslasten als Preis für diese Nutzung zu interpretieren sind. Dieses Argument überzeugt dann allerdings nicht, wenn der „Generationenvertrag“ verletzt ist: Jede Generation empfängt von der Vorgeneration einen Mix an steuer- und

kreditfinanzierten Kapitalgütern und gibt Kapitalgüter mit einem entsprechenden Finanzierungsmix an die Nachfolgeneration ab — ein grundlegender Wechsel von der Steuer- zur Kreditfinanzierung änderte diesen Vertrag zu Lasten zukünftiger Generationen. Der rasche Anstieg der Staatsverschuldung in den letzten Jahren könnte als ein Indiz hierfür gewertet werden.

Neben allokativen Überlegungen sind aber auch stabilitätspolitische Belange zu berücksichtigen. So ist der rasante Zuwachs der Staatsverschuldung nicht nur auf den weitgehend über Kredite finanzierten „Aufbau Ost“, sondern auch auf die fiskalischen Belastungen durch Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen. Keineswegs sind wirtschaftliche Entwicklung und finanzpolitische Ausrichtung unabhängig voneinander, sondern stehen — über die automatischen Stabilisatoren — in einer Wechselwirkung. Mit vielfältigen Eingriffen insbesondere zur Senkung der fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit hat die Politik in den letzten Jahren immer wieder versucht, diese Wechselwirkung zu brechen. Zugleich versuchte man durch steuerpolitische Maßnahmen, die Bedingungen auf der Angebotsseite zu verbessern. Ein durchschlagender Erfolg war dieser Politik freilich nicht beschieden. Denn die Nachfrageschwäche — nicht zuletzt Folge der staatlichen Eingriffe — ließ die angebotsseitigen Vorteile nicht wie erhofft zum Tragen kommen. Trotz dieser Erfahrungen verspricht sich die Bundesregierung durch einen forcierten Defizitabbau die Rückgewinnung finanzpolitischer Handlungsfähigkeit. Doch besteht dabei die Gefahr, daß in Zukunft die angestrebte Handlungsfreiheit nicht erreicht wird, weil die Voraussetzungen hierfür, nämlich ein anhaltender Aufschwung, in dessen Verlauf quasi-automatisch die Spielräume größer würden, finanzpolitisch konterkariert werden.

Die Hoffnung darauf, daß der von der Bundesregierung geplante Schritt gelingt, wäre gerechtfertigt, wenn der Startpunkt dieser Strategie nicht in eine Situation mit hoher Unterbeschäftigung des Erwerbspersonenpotentials fiel. Erfolg kann die Politik nur erwarten, wenn die geplanten Maßnahmen — Sparpaket und Steuerreform — die hartnäckige Unterbeschäftigung aufzubrechen vermögen. Dies bedeutet vor allem, daß die Unternehmen durch die Steuerreform einen starken Anreiz für zusätzliche Investitionen verspüren müßten. Dieser Anreiz darf aber nicht durch die negativen Effekte, die das Sparpaket auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit letztlich auf die Gewinne ausübt, aufgehoben werden. Daß diese Gefahr besteht, ist offenkundig, denn von den öffentlichen Haushalten werden auch im Jahre 2000 restriktive Impulse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen.

¹³ Im Jahre 1998 hatte das staatliche (Netto-) Anlagevermögen (einschließlich Tiefbau) einen Wert von 2 580 Mrd. DM erreicht, für 1991 errechnen sich 1 970 Mrd. DM. Der Wert des Anlagevermögens ist also erheblich höher als der Schuldenstand. Allerdings ist in den 90er Jahren das Sachvermögen langsamer gewachsen.

Tabelle 13

Maßnahmen des Sparpakets der Bundesregierung

	„Echte“ Einsparungen	Abwälzung auf andere Haushalte	„Luftbuchungen“
	Mill. DM		
Auswärtiges	271		
Verteidigung	3 494		
dar.: Globale Minderausgabe	2 228		
Arbeitsförderung	7 500	5 000	
Senkung SV-Beiträge für Arbeitslose		4 500	
Wegfall originärer Arbeitslosenhilfe	500	500	
Einsparung von ABM-Ost	800		
Senkung des Rentenniveaus	1 000		
Senkung Bundeszuschuß zur RV	2 800		
Globale Minderausgabe	2 400		
Soziales	387	492	
Aufwendungen für Unterhaltsvorschuß		218	
Zivildienst	387	274	
Wirtschaftsförderung	560		
Zuwendungen an BvS			915
Landwirtschaft	150	707	
Verkehr	606		
Sonstige Baumaßnahmen	64		
Wohngeld		2 255	
Personalverstärkungsmittel			2 000
ERP, Lastenausgleich			615
Umstellung Bafög-Darlehen			500
Eigenheimförderung (Neuberechnung)	73		379
Hochschulen, Forschung	609		
Internationale Zusammenarbeit	577		
Veräußerung von Liegenschaften			60
Erstattung Personalkosten Bahnpolizei		250	
Sonstige globale Minderausgaben	370		
Sonstiges	2 246		
Insgesamt	16 907	8 704	4 469
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des DIW.			

Allerdings wird die Beschneidung der Nachfrage durch das Sparpaket nicht in der ausgewiesenen Höhe wirksam, denn es enthält eine Reihe von Luftbuchungen. Beispiele für solche Luftbuchungen sind Mittel, die an eine Kofinanzierung gekoppelt sind und die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in dem Maße wie ursprünglich geplant in Anspruch genommen werden. Dazu gehören Zuschüsse an Unternehmen für ABM-Projekte in Ostdeutschland, Mittel für das Meister-Bafög, das Eigenkapitalhilfeprogramm für junge Unternehmen oder die Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen. Andere Beispiele sind die geplante Kürzung der Vorsorge im Haushalt für künftige Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst — sie müssen ja erst noch verhandelt werden — oder die Zuschüsse an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS); diese Zuschüsse sind obsolet, weil sich die BvS bereits aus eigenen Einnahmen finanziert. Aber auch

die geplante Umstellung der Bafög-Staatsdarlehen auf Bankdarlehen bringt langfristig keine echte Entlastung, weil es auf der Einnahmeseite ebenfalls zu Minderungen kommt und die effektive Belastung davon abhängt, in welchem Maße der Bund bereit ist, einen Zinszuschuß zu gewähren. Vom Sparen kann auch nicht die Rede sein, wenn — wie im Falle der Kürzungen beim Wohngeld oder der Arbeitslosenhilfe — Lasten auf andere öffentliche Haushalte abgewälzt werden. Schließlich fällt auf, daß ein gewichtiger Teil der geplanten Einsparungen nicht spezifiziert ist und als globale Minderausgaben ausgewiesen wird. Auch hier wird es nicht in jedem Falle zu „echten“ Einsparungen kommen.

Nach überschlägigen Schätzungen kann von der angepeilten Sparsumme in Höhe von 30 Mrd. DM allenfalls reichlich die Hälfte als echte Ersparnis klassifiziert werden. Knapp 9 Mrd. DM werden auf andere öffentliche

Haushalte (Rentenversicherung, Gemeinden) abgewälzt, während es sich bei 4½ Mrd. DM wohl um Luftbuchungen handelt.

Andere Ausgabekürzungen hingegen sind im Prinzip zu begrüßen. Dies betrifft vor allem jene Ausgaben, deren Subventionscharakter offensichtlich ist, deren Rechtfertigung inzwischen aber in Frage gestellt werden muß. Angesprochen sind solche Hilfen an Unternehmen, die auf Dauer angelegt sind und/oder mit denen letztlich verteilungspolitische Ziele angestrebt werden — Einkommens-transfers sind hierfür der geeignetere Weg. In beiden Fällen werden überholte Strukturen zementiert. Ein Schritt in die richtige Richtung sind die Kürzungen bei der Airbus-Absatzfinanzierung, der Gasölverbilligung für die Landwirtschaft oder auch bei den Zuschüssen für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Im Sparpaket finden sich indes zu wenig Maßnahmen, die auf einen Subventionsabbau zielen. Eine Stärkung der Wachstumskräfte kann durch Kürzungen an dieser Stelle aber nur erreicht werden, wenn die freiwerdenden Haushaltsmittel in den investiven Bereich umgeschichtet oder zu umfangreicheren Steuerentlastungen genutzt werden. Das Gegenteil ist aber der Fall: Tatsächlich muß mit weiteren Kürzungen bei den öffentlichen Investitionsausgaben gerechnet werden.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob das Sparpaket die angemessene Antwort auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen ist. Worauf es gegenwärtig vor allem ankommt, ist eine Stärkung der Wachstumskräfte. Eine Politik, die auf der Angebotsseite positive Signale setzt, die Nachfrageseite per saldo aber eher schwächt — die geplanten Ausgabekürzungen fallen stärker als die Impulse aus, die aus den Steuersenkungen und der Anhebung des Kindergeldes resultieren —, wird kaum den erhofften Erfolg bringen. Eine weniger restriktive Ausgabenpolitik — begleitet von Umschichtungen — und ein Vorziehen der für 2002 geplanten Steuerentlastungen wären der geeignetere Schritt.

Zur Steuerreform

Zu Beginn dieses Jahres ist die erste Stufe „des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002“ in Kraft getreten. Sie bringt bei der Einkommensteuer Entlastungen insbesondere für Haushalte mit geringerem Einkommen. Der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer wurde von 25,9 % auf 23,9 % gesenkt, das Kindergeld um 30 DM auf 250 DM erhöht. Beide Maßnahmen entlasten die privaten Haushalte um 7 Mrd. DM. Im Unternehmensbereich sind die Körperschaftsteuersätze auf 40 % gesenkt worden; hieraus resultiert eine Entlastung um etwa 1½ Mrd. DM in diesem Jahr und 3 Mrd. DM im nächsten. Zur Finanzierung des Steuerpakets ist eine Streichung von vielen Steuervergünstigungen schon in diesem Jahr wirksam geworden. Die Mehreinnahmen werden die Minderein-

nahmen aus der Senkung der Steuersätze kompensieren. Bedeutsame Steuerentlastungen wird es erst im Zuge der dritten Stufe im Jahre 2002 geben, wenn der Einkommensteuertarif deutlich gesenkt wird (28 Mrd. DM).

Zu einer grundlegenden Reform hat sich die Bundesregierung bei den Unternehmensteuern entschlossen. Von 2001 an sollen alle Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform einheitlich mit 25 % besteuert werden. Die ausgeschütteten Gewinne unterliegen weiterhin der persönlichen Einkommensteuer. Dabei ist geplant, die (Netto-)Gewinnausschüttung bei der Einkommensteuer-Veranlagung des Anteilseigners mit der Hälfte anzusetzen („Halbeinkünfteverfahren“). Bei der Gewerbesteuer sind vorerst keine Änderungen geplant. Rechnet man die Gewerbesteuer mit ein, dann wird die Steuerbelastung für Unternehmen künftig bei etwa 37 % liegen.¹⁴ Zur Finanzierung der Reform soll die Bemessungsgrundlage weiter verbreitert werden. Dabei ist geplant, die degressive Abschreibung von bisher 30 % auf 20 % zu reduzieren. Auch eine Verlängerung der Abschreibungszeiträume ist vorgesehen. Nicht zuletzt deshalb kann damit gerechnet werden, daß es in diesem, aber vor allem im nächsten Jahr zu Vorzieheffekten bei den Investitionen kommt, denn für Unternehmen lohnt es sich, so rasch wie möglich zu investieren. In diesem Fall können sie höhere Abschreibungen steuerlich geltend machen, die wegen der bis Ende 2000 höheren Steuersätze auch mehr „wert“ sind. Unter dem Strich soll die Unternehmensteuerreform die Betriebe um 8 Mrd. DM entlasten.

Grundsätzlich geht die geplante Reform der Bundesregierung — die Steuersätze zu senken und gleichzeitig die Bemessungsgrundlage zu verbreitern — in die richtige Richtung. Je geringer die steuerlichen Ausnahmetatbestände, desto aussagekräftiger werden die nominalen Steuersätze im Hinblick auf Investitionsentscheidungen. Darüber hinaus geht es der Regierung darum, ein Verfahren zu entwickeln, das es erlaubt, sich bei der Gewinnbesteuerung vom Spitzensteuersatz der Einkommensteuer zu lösen und somit die investive Gewinnverwendung — die Selbstfinanzierung aus einbehaltenen Gewinnen — zu begünstigen. Aus Sicht der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung ist die steuerrechtliche Unterscheidung zwischen Ersparnissen aus Gewinneinkommen und aus anderen Einkunftsarten, vor allem aus Arbeitseinkommen, indes problematisch. Während die Ersparnisse aus Arbeitnehmerinkommen, aber auch aus Zinseinkommen oder Gewinnausschüttung nicht in den Genuß der niedrigeren Steuersätze kommen, können Einzelunternehmer oder Personengesellschaften den Teil der Gewinne, der nicht in Form eines Unternehmerlohns entnommen wird, steuerbegünstigt sparen.

¹⁴ Der effektive Satz hängt vom jeweiligen — örtlich schwankenden — Hebesatz der Gewerbesteuer ab.

Das Prinzip der „Entscheidungsneutralität“ der Kapitalverwendung wird damit aufgegeben. Das Kapital wird im Unternehmen quasi „eingesperrt“, eine effiziente Verwendung wird möglicherweise verhindert. Zudem ist abzusehen, daß die Steuerpflichtigen nach Umgehungsmöglichkeiten suchen werden, um der höheren individuellen Besteuerung zu entgehen.

Zur Rentenreform

Das Konzept der Bundesregierung für eine strukturelle Rentenreform sieht drei Elemente vor:

- Aussetzung der Dynamisierung der Renten entsprechend der Nettolohnentwicklung;
- Einführung einer obligatorischen Zusatzversicherung;
- Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung.

Eine Erweiterung der Versicherungspflicht auf alle Erwerbspersonen – also auch auf Selbständige, Beamte und nichterwerbstätige Familienangehörige – ist bisher nicht vorgesehen, obwohl sie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt worden war.

Mit der Aussetzung der Anpassung der Renten wird kurzfristig die Stabilisierung des Beitragssatzes angestrebt. Dies hat zur Folge, daß sich das Niveau, d. h. die Relation der Rente zu den Erwerbseinkommen, verschlechtert. Zugleich wird damit mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen hergestellt. Wenn die Beitragssätze weiter stabil gehalten werden sollen, muß bei der zu erwartenden demographischen Entwicklung das Rentenniveau zwangsläufig – ohne zusätzliche Reformen – weiter gesenkt werden.

Um die entstehende Versorgungslücke für künftige Generationen abzudecken, sieht das Konzept eine obligatorische private Zusatzversicherung vor. Dieser Ansatz hat einen zweifachen Effekt: Ein sukzessiv steigender obligatorischer Beitrag von 0,5 % auf 2,5 % des Bruttolohns führt zu einem geringeren Anstieg der Nettolöhne und damit auch der Renten. Diese Zwangsparsnis wird wie eine staatliche Abgabe behandelt und soll nicht der Einkommensbesteuerung unterliegen. Zum zweiten ist vorgesehen, diesen Beitrag zur privaten Zusatzversorgung auf Kapitaldeckungsbasis allein von den Arbeitnehmern finanzieren zu lassen. Das Konzept einer paritätisch finanzierten Rentenversicherung wird damit durchlöchert.

Die Äquivalenz von Einzahlung und Leistung bei der Altersvorsorge ist für das dritte Element der Reform, die bedarfsorientierte Grundsicherung, nicht gegeben. Ursprünglich hatte die Bundesregierung die Absicht, die Belastung der Rentenversicherung durch versicherungsfremde Leistungen zu mindern, indem dafür Einnahmen aus der Ökosteuer verwendet werden. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung vergrößert nun aber den Anteil versicherungsfremder Leistungen. Im übrigen verfügt die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Sozialhilfe

bereits über ein funktionierendes System der bedarfsorientierten Grundsicherung.

Letztlich muß immer wieder ein gesellschaftlicher Konsens darüber gefunden werden, in welcher Relation die Alterseinkünfte zu den Erwerbseinkommen stehen sollen. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die demographische Verschiebung im Rentensystem nicht zum Nulltarif zu bewältigen ist.

Geldpolitik

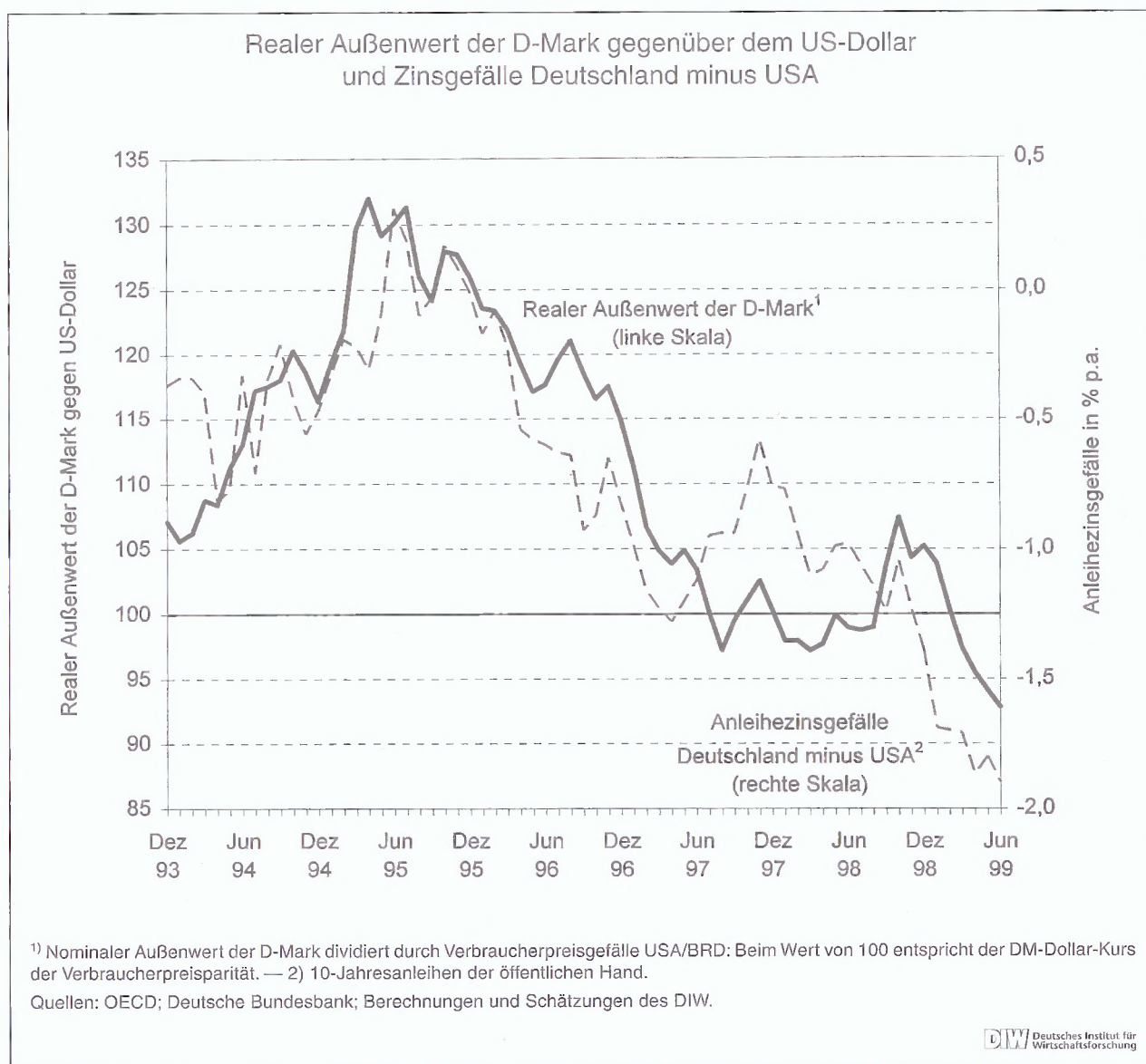
Mit der Leitzinssenkung im April dieses Jahres ist die EZB auf einen deutlich expansiveren Kurs eingeschwenkt. Sie reagierte damit auf die Konjunkturabschwächung. Ermutigt wurde die EZB zu ihrem Zinsschritt durch das ungewöhnlich ruhige Preisklima. Weder die Geldmengenentwicklung noch andere Indikatoren der Preisniveaumentwicklung lieferten Anzeichen für eine künftige Verfehlung ihres Stabilitätsziels. Die Kerninflationsrate weist gegenwärtig einen leicht sinkenden Trend auf (Abbildung 10). Auch aus der Geldmengenentwicklung dürfte sich nach dem Zinsschritt kein mittelfristiger Inflationsdruck ergeben (Abbildung 9). Die — derzeit moderate — Geldmengenexpansion wird zwar durch die Leitzinssenkung für sich genommen angeregt, dem wirkt aber der Anstieg der Opportunitätskosten der Geldhaltung entgegen.

Auf die konjunkturelle Entwicklung wirkt sich die Leitzinssenkung in mehrfacher Hinsicht positiv aus. Neben der Senkung der Geldmarktzinsen hat sie dazu beigetragen, die Spanne zwischen kurz- und langfristigen Zinsen zu erhöhen. Die mit den gestiegenen Opportunitätskosten der Geldhaltung indizierten Portfolioumschichtungen wirken sich am Kapitalmarkt tendenziell zinssenkend aus. Da mit der Zinssenkung kein Anstieg der Inflationserwartungen verbunden war, haben die resultierenden Kapitalabflüsse Aufwertungserwartungen des Euro für die mittlere Frist verstärkt. Neben den Divergenzen zwischen den Inflationserwartungen in der EWU und den USA hat damit auch die Leitzinssenkung dazu beigetragen, daß die Kapitalmarktzinsen in der EWU den Anstieg der langfristigen Zinsen in den USA nur teilweise nachvollzogen haben. Mit der partiellen Abkopplung ist einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen entgegengewirkt worden.

Zusätzlich wirkt die Leitzinssenkung auch über die dadurch verstärkte Abwertung des Euro expansiv. Von der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Länder wird die Exportwirtschaft der EWU leicht profitieren.

Mit ihrer expansiv ausgerichteten Geldpolitik hat die EZB ein monetäres Umfeld geschaffen, das den Erholungsprozeß in der EWU spürbar unterstützen wird. Aufgrund der Aussichten auf eine weiterhin moderate Preisentwicklung erscheint eine Straffung des geldpolitischen Kurses in diesem Jahr nicht notwendig. Ein Nachvollziehen der US-Zinserhöhung ist vor dem Hintergrund der un-

Abbildung 19



terschiedlichen Konjunktorentwicklung in der EWU und den USA solange nicht angebracht, wie aus der Wechselkursentwicklung kein stabilitätswidriger, d. h. sich selbst verstärkender, Preisauftrieb zu befürchten ist. Eine Leitzinserhöhung wäre allenfalls im Laufe des nächsten Jahres angebracht, wenn sich eine Beschleunigung der Inflation andeuten sollte.

Ist die Abwertung des Euro bedenklich?

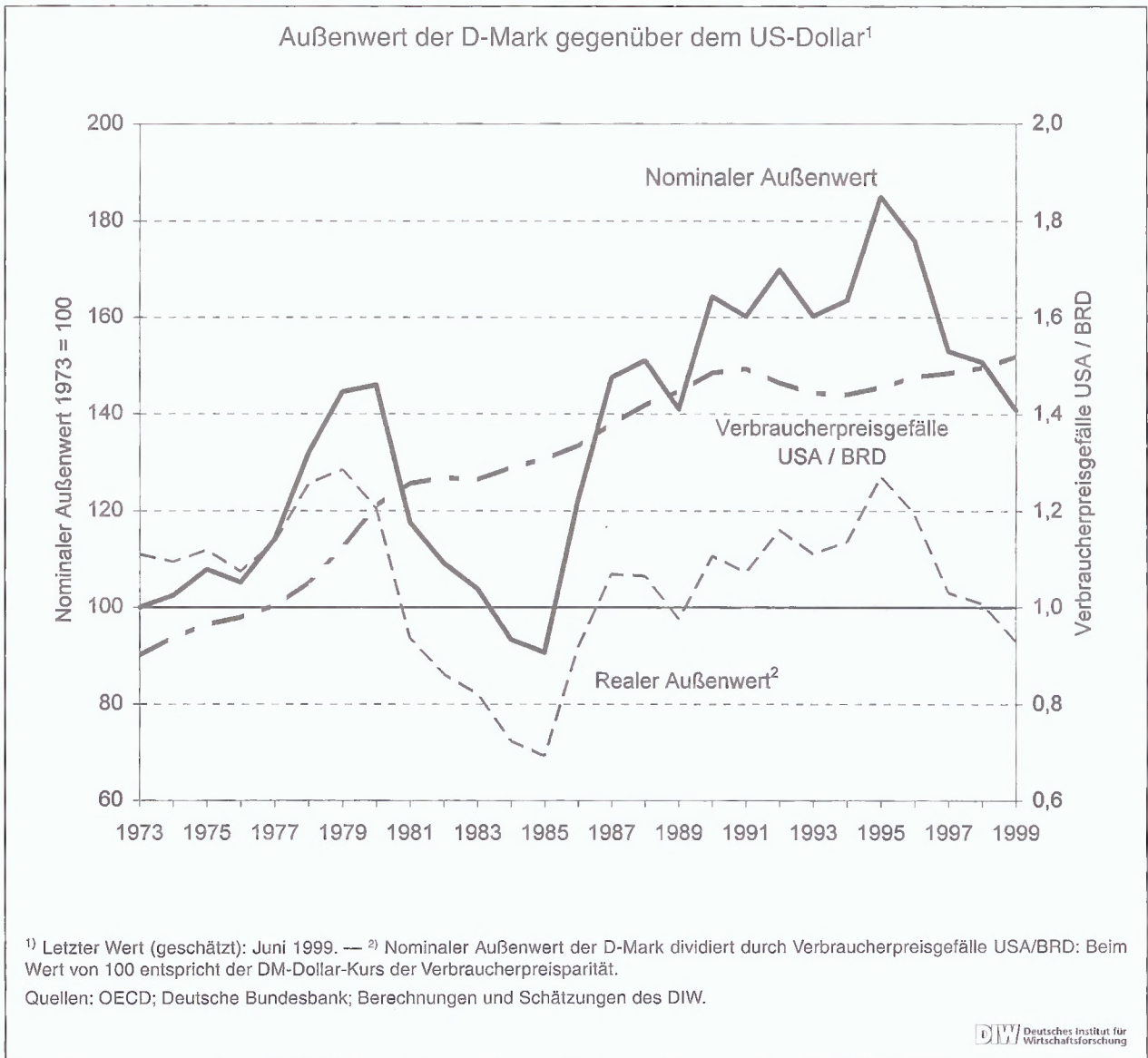
Seit der Jahreswende befindet sich der Wechselkurs der D-Mark — und damit des Euro — gegenüber dem US-Dollar auf Talfahrt. Er nahm in dieser Zeit um rund ein Achtel ab. Ähnlich stark sank er in realer Rechnung, d. h. bereinigt um das — leicht zunehmende — Verbraucherpreisgefälle (USA minus Deutschland). Damit scheint die D-Mark, und

vermutlich auch der Euro, in die Zone der Unterbewertung gegenüber dem Dollar gelangt zu sein (Abbildung 19).

Durch die Abwertung des Euro sieht sich bestätigt, wer vor einer überstürzten Einführung der EWU gewarnt hatte. Der Euro stehe stabilitätspolitisch auf tönernen Füßen. So habe im April die Europäische Zentralbank (EZB) trotz einer zielgerechten Geldmengenexpansion den Leitzins deutlich gesenkt und damit der Konjunkturpolitik Vorrang vor der Stabilitätspolitik eingeräumt. Auch die Finanzpolitik sei aufgeweicht worden, indem man Italien eine überhöhte Defizitquote zugestanden hätte. Sogar Deutschland habe zu Zweifeln an seiner finanzpolitischen Solidität Anlaß gegeben.

Wesentlich gelassener zeigen sich Befürworter der EWU. Seit geraumer Zeit weise der Euro eine höhere binnenwirtschaftliche Stabilität auf als der Dollar. Daß das

Abbildung 20



hierin liegende Aufwertungspotential bisher „ungenutzt“ blieb, habe durchaus rationale Gründe: Neben dem Sonderfaktor Kosovo-Konflikt seien es die relativ guten Wachstumsaussichten in den USA gewesen, die zunächst für den Dollar gesprochen hätten. Die Finanzmärkte würden diese Einschätzung aber in absehbarer Zeit revidieren, da mit dem zu erwartenden Einschwenken der westeuropäischen Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad und der zu erwartenden Abschwächung in den USA sich das Wachstumsgefälle deutlich verringert.

Auch die Wirkungen der Abwertung des Euro werden unterschiedlich beurteilt. Euroskeptiker befürchten einen Inflationsimport. Befürworter des Euro entgegnen zu recht: Das Ausmaß der Abwertung des Euro wird oft übertrieben, da nicht berücksichtigt wird, daß im zweiten Halbjahr 1998 der durchschnittliche Wechselkurs der

westeuropäischen Währungen erheblich, um etwa 5 %, gestiegen ist und damit deutlich über dem zuvor erreichten Niveau gelegen hat. Unerwähnt bleibt meist auch, daß der Euro gegenüber der Gesamtheit der anderen Währungen deutlich weniger abgewertet hat als gegenüber dem Dollar allein; gering ist mit einem Zehntel zudem das Gewicht der Einfuhren des Euroraums, das heißt deren Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die Abwertung des Euro braucht nicht dramatisiert zu werden. Sie ist, wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) kürzlich schrieb, „in geordneten Bahnen verlaufen.“¹⁵ Vorgezeichnet wurden diese Bahnen

¹⁵ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 69. Jahresbericht, Basel 1998, S. 123.

vor allem durch zwei Faktoren: das Preis- und das Zinsgefälle zwischen den USA und dem Euroraum.

Der mittel- und langfristig dominierende „fundamentale“ Faktor ist das Preisgefälle gegenüber dem Ausland bzw. die Entwicklung der Kaufkraftparität.¹⁶ Übertrifft zum Beispiel der nominale Außenwert (Wechselkurs) der eigenen Währung die Kaufkraftparität, ist die eigene Währung also überbewertet, so wird in der Regel ein Prozeß der gegenseitigen Anpassung von Wechselkurs und Preisgefälle ausgelöst: Das Inland verliert an Wettbewerbsfähigkeit und damit Weltmarktanteile. Einerseits führt dies zu einem den Wechselkurs senkenden Abfluß von Kapital, andererseits wird durch die Verschlechterung der Absatzlage ein Druck auf die inländischen Lohnkosten und die Absatzpreise ausgeübt, der das Preis- und Kostengefälle abbaut.

Dieser Zusammenhang wird in der Abbildung 20 verdeutlicht. Als repräsentativ für den Euroraum ist dort die Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Deren Währung fungierte als Ankerwährung für den neben Deutschland, Frankreich, Belgien/Luxemburg, Holland und Österreich umfassenden D-Mark-Block, dessen Bruttoinlandsprodukt 70 % des Bruttoinlandsprodukts der Länder des heutigen Euroraums ausmacht. Insoweit kann der Wechselkurs der D-Mark als grober Indikator für einen synthetischen Euro angesehen werden.¹⁷

In den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten hat der nominale Außenwert der D-Mark — und damit auch der des synthetischen Euro — beträchtlich geschwankt, zeitweilig sogar extrem stark. Doch immer wieder erwies sich die Kaufkraftparität als ein Magnet, der, wenn auch nur temporär, den Wechselkurs auf „den Boden“ zurückbrachte. Im Jahre 1998 dürfte der nominale Außenwert auf jene Größenordnung zurückgegangen sein, die nach Schätzungen des DIW der Verbraucherpreis-Parität entspricht.¹⁸ Mitte 1999 scheint die D-Mark — mit einem Kurs von fast 1,90 DM für einen Dollar — unterbewertet zu sein; dies postuliert unter Berufung auf empirische Untersuchungen mehrerer renommierter Institutionen auch die BIZ, indem sie schreibt, „es scheint der Dollar derzeit etwas oberhalb seines langfristigen Gleichgewichts gegenüber dem Yen und dem Euro zu liegen ...“¹⁹

Doch wie kam es zu dieser, wenn auch nur leichten, realen Unterbewertung des Euro und damit auch der D-Mark? Eine plausible Antwort legt die Abbildung 19 nahe, in der die Entwicklung des realen Außenwertes der D-Mark mit der Entwicklung des Anleihezinsgefälles (Deutschland minus USA) verglichen wird: Wenn, wie seit Herbst 1995 bei einem geringen Inflationsgefälle, die Zinsen in Deutschland weniger stark steigen als in den USA oder wenn sie stärker sinken als in den USA, geht tendenziell auch der reale Außenwert der D-Mark zurück, da Geldanlagen in Deutschland attraktiver werden als in den USA.

Sicherlich reagieren die Finanzmärkte immer wieder unvorhersehbar auf andere Ereignisse. So scheinen sie 1997/98 angesichts der weltweiten Finanzkrisen den als sicher geltenden US-Dollar der D-Mark vorgezogen zu haben. Sie dürften damit sowohl den Wechselkurs der D-Mark gedrückt als auch den US-Zins stärker als den deutschen Zins nach unten gezogen haben.

Doch nach dem Abebben der internationalen Finanzkrisen kam der fundamentale Faktor „Zinsgefälle“ wieder zum Zuge: Nach der Jahreswende 1998/99 setzte sich die Erwartung durch, die amerikanische Wirtschaft werde merklich stärker expandieren als die westeuropäische und den Anstoß zu einer inflatorischen Entwicklung geben. Daraufhin zogen die Anleihezinsen in den USA deutlich an, stärker als im Euroraum. In der ersten Hälfte des Jahres 1999 sank somit das Zinsgefälle weiter, und der reale Außenwert des Euro — und damit der D-Mark — gab nach.

Ist die Abwertung des Euro bedenklich? Sie wäre es, wenn sie primär auf Zweifel der Finanzmärkte an der geld- und finanzpolitischen Solidität im Euroraum zurückzuführen wäre. Vieles spricht aber dafür, daß es in erster Linie die Änderung des Zinsgefälles gegenüber den USA war, die zur Abwertung des Euro beitrug. Diese Änderung beruhte auf der Differenz zwischen den Konjunkturaussichten für die USA und denen für den Euroraum. Derartige Divergenzen sind durchaus normal. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß die westeuropäische Wirtschaft auf dem Wege nach oben ist und damit der Euro auch für die internationalen Anleger wieder attraktiver wird. Schließlich, und nicht zuletzt, sollte man sich angesichts der zum Teil extrem starken Wechselkursschwankungen in der Vergangenheit nicht dazu verleiten lassen, die bisherige Abwertung des Euro hochzuspielen.

¹⁶ Der Wechselkurs entspricht dann der Kaufkraftparität, wenn man für einen repräsentativen Warenkorb im Inland genauso viel ausgeben muß wie im Ausland. Freilich: In der Realität unterscheiden sich die nationalen Warenkörbe voneinander, so daß man für die Kaufkraftparität entweder zwei Werte angeben muß oder einen Durchschnittswert, bei dem eine Bandbreite zumindest mitgedacht werden sollte.

¹⁷ Auch weniger preisstabile Länder wie Italien, Spanien und Portugal haben immer wieder, wenn auch manchmal mit erheblichen Verzögerungen, ihre Wechselkurse an den der D-Mark angepaßt, so daß der DM-Dollarkurs *cum grano salis* als eine Näherung für einen synthetischen Euro — einen mit den Bruttoinlandsprodukten gewichteten Durchschnitt aus den nationalen Dollarkursen — angesehen werden kann.

¹⁸ Für die Stützperiode 1973 bis 1986 — zwei Konjunktur- und Zinszyklen — wurde unterstellt, daß der Durchschnitt des DM-Dollarkurses der Kaufkraftparität entsprach. Vgl. hierzu: Erweiterte Bandbreiten im EWS: Ein notwendiges Provisorium. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 36/93.

¹⁹ BIZ, a.a.O., S. 123–124.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	0,4	0,4	0,2	0,8	0,1	-0,1	0,4
Arbeitszeit	-0,4	-0,5	-0,1	-0,6	-0,4	-0,3	0,1
Arbeitstage	0,7	0,5	-1,0	0,6	0,4	0,8	-2,6
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) ¹⁾	0,7	0,5	-0,9	0,8	0,1	0,4	-2,1
Produktivität ²⁾	1,6	0,8	3,3	0,3	1,3	2,2	4,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995	2,3	1,3	2,4	1,1	1,4	2,6	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 164,5	2 226,4	2 286,0	1 086,2	1 140,2	1 119,5	1 166,5
Konsumausgaben des Staates	718,5	730,1	739,2	353,3	376,8	357,2	382,0
Anlageinvestitionen	792,7	805,7	831,3	385,5	420,2	394,3	437,0
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	334,8	347,7	368,8	166,2	181,5	173,2	195,6
Bauten	457,9	458,0	462,5	219,2	238,7	221,1	241,4
Vorratsveränderungen	59,1	40,2	40,7	27,3	12,9	33,6	7,2
Letzte inländische Verwendung	3 734,8	3 802,4	3 897,4	1 852,3	1 950,1	1 904,7	1 992,7
Außenbeitrag	64,6	69,7	89,0	34,3	35,3	39,9	49,1
Exporte	1 089,5	1 090,4	1 162,5	530,7	559,6	566,8	595,8
Importe	1 024,9	1 020,7	1 073,6	496,4	524,3	526,9	546,7
Bruttoinlandsprodukt	3 799,4	3 872,1	3 986,3	1 886,6	1 985,5	1 944,6	2 041,8

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2,8	2,9	2,7	2,9	2,8	3,1	2,3
Konsumausgaben des Staates	0,4	1,6	1,2	1,5	1,8	1,1	1,4
Anlageinvestitionen	1,2	1,6	3,2	2,0	1,3	2,3	4,0
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	9,8	3,9	6,1	6,4	1,7	4,2	7,8
Bauten	-4,3	0,0	1,0	-1,1	1,1	0,9	1,1
Letzte inländische Verwendung	3,1	1,8	2,5	1,9	1,7	2,8	2,2
Exporte	6,5	0,1	6,6	-2,0	2,1	6,8	6,5
Importe	5,7	-0,4	5,2	-2,4	1,6	6,1	4,3
Bruttoinlandsprodukt	3,4	1,9	2,9	2,0	1,9	3,1	2,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts zu Preisen von 1995 in Mrd. DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 068,8	2 115,0	2 155,3	1 034,6	1 080,4	1 058,3	1 097,0
Konsumausgaben des Staates	701,8	704,8	705,1	355,0	349,8	355,0	350,1
Anlageinvestitionen	802,2	818,7	839,9	391,8	426,8	399,5	440,4
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	337,7	352,5	370,8	168,7	183,8	174,8	196,0
Bauten	464,5	466,2	469,1	223,1	243,1	224,7	244,4
Vorratsveränderungen	59,9	41,3	42,0	23,3	18,0	29,3	12,6
Letzte inländische Verwendung	3 632,7	3 679,8	3 742,2	1 804,7	1 875,1	1 842,1	1 900,1
Außenbeitrag	61,3	60,7	89,0	28,7	32,0	39,1	49,9
Exporte	1 073,7	1 084,2	1 144,4	530,0	554,1	560,5	583,9
Importe	1 012,4	1 023,4	1 055,4	501,3	522,1	521,4	534,0
Bruttoinlandsprodukt	3 694,0	3 740,6	3 831,2	1 833,4	1 907,1	1 881,2	1 950,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	1,8	2,2	1,9	2,3	2,1	2,3	1,5
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,4	0,0	0,4	0,5	0,0	0,1
Anlageinvestitionen	1,8	2,1	2,6	2,6	1,6	1,9	3,2
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	10,6	4,4	5,2	7,4	1,8	3,6	6,7
Bauten	-3,8	0,4	0,6	-0,7	1,4	0,7	0,5
Letzte inländische Verwendung	2,6	1,3	1,7	1,5	1,1	2,1	1,3
Exporte	6,5	1,0	5,6	-0,4	2,3	5,7	5,4
Importe	8,0	1,1	3,1	1,1	1,1	4,0	2,3
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,3	2,4	1,1	1,4	2,6	2,2

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100)
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	0,9	0,6	0,8	0,5	0,7	0,8	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	1,2	1,2	1,1	1,3	1,1	1,3
Anlageinvestitionen	-0,6	-0,4	0,6	-0,6	-0,2	0,4	0,8
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	-0,7	-0,5	0,8	-0,9	-0,1	0,6	1,0
Bauten	-0,5	-0,4	0,4	-0,4	-0,3	0,1	0,6
Exporte	-0,1	-0,9	1,0	-1,6	-0,2	1,0	1,0
Importe	-2,2	-1,5	2,0	-3,5	0,5	2,1	1,9
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,6	0,5	0,9	0,4	0,5	0,6

5. Verteilung des Bruttonationaleinkommens in Mrd. DM

Arbeitsentgelte	1 999,8	2 041,7	2 082,9	966,0	1 075,7	988,1	1 094,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	848,3	849,4	883,3	423,7	425,7	445,7	437,6
Volkseinkommen	2 848,1	2 891,1	2 966,2	1 389,7	1 501,4	1 433,8	1 532,4
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	367,1	385,5	410,9	198,2	187,3	206,2	204,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 215,2	3 276,6	3 377,0	1 587,9	1 688,7	1 640,0	1 737,1
Abschreibungen	553,4	565,9	580,4	281,7	284,1	288,5	291,9
Bruttonationaleinkommen	3 768,6	3 842,4	3 957,5	1 869,6	1 972,8	1 928,5	2 029,0

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Arbeitsentgelte	1,5	2,1	2,0	2,3	1,9	2,3	1,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,6	0,1	4,0	-1,1	1,4	5,2	2,8
Volkseinkommen	3,0	1,5	2,6	1,3	1,7	3,2	2,1
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	4,8	5,0	6,6	8,0	2,0	4,1	9,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,2	1,9	3,1	2,1	1,8	3,3	2,9
Abschreibungen	2,0	2,3	2,6	2,3	2,2	2,4	2,7
Bruttonationaleinkommen	3,0	2,0	3,0	2,1	1,8	3,1	2,8

¹⁾ Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des DIW. — ²⁾ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. — ³⁾ Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW. 1999 und 2000 Prognose des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995.(3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häuser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU -Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weisenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häuser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sieghelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010** — Ergebnisse quantitativer Szenarien. Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremei und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wetzig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1999/2000.

Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304